

# Schweizer Demokrat


Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 40. Jahrgang

AZB 5332 Rekingen / Postcode 1

Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.–

Erscheint monatlich

Nr. 1 2005

Démocrate  Suisse  
Pages 13–15

## Wir sind benachteiligt!

Freier Personenverkehr zerstört unser Land: Referendum läuft!

Referat vor der SD-Delegiertenversammlung in Wettingen



Rudolf Keller,  
SD-Zentralprä-  
sident, Landrat,  
e. Nationalrat,  
Frenkendorf/BL

### 1. Erpressung... falls ihr ablehnt, entfällt alles

Was ist das für eine Demokratie, wo man versucht, das Volk mit einer millionenschweren Propaganda zu kaufen? Ein unaufhörlicher Propagandawirbel prasselt auf uns alle herab. Mit riesigem Geschütz soll das Volk

POSTCODE 1

AZB 5332 Rekingen

weichgeklopft werden. Man müsse «Ja» stimmen zur Ausdehnung des freien Personenverkehrs auf die neuen Ost-EU-Länder. Und unserem Volk wird gedroht, ja man versucht es geradezu dahingehend zu nötigen, dass man sagt, bei einem Nein zu diesem Vertrag würden alle bereits vor vier Jahren beschlossenen Bilateralen Verträge hinfällig. Aber diese Propaganda wird nicht verfangen,

weil die Leute in den letzten Monaten zu viele negative Entwicklungen des freien Personenverkehrs mitbekommen haben. Und – das will ich bewusst vorausschicken – ein Nein zur Ausweitung der Personenfreizügigkeit hat keinerlei politische Konsequenzen.

Selbst Gewerkschaftspräsident Paul Rechsteiner hat erklärt, dass die EU die Bilateralen Verträge nicht automatisch aufkündigen würde, wenn das Schweizer Volk nun Nein sagen würde. Auch eine der Hauptverhandlerinnen, Monique Jametti, sagte, dass sie davon ausgehen würde, dass die Europäische Union in irgendeiner Form auf ein Nein der Schweiz reagieren würde. Das Brüssel aber gleich das ganze erste bilaterale Vertragspaket aufkündigte, bezweifelt sie eher. Und der Economiesuisse-Vertreter in Brüssel hat in einem Mail an seine Schweizer Freunde geschrieben, dass die EU die Bilateralen 1 nicht kündigen wollten bei einem Nein der Schweiz! Nationalrat Caspar Baader antwortete auf die ihm gestellte Frage, ob bei einem Nein alle Bilateralen Verträge gekündigt werden müssten, so: «Das ist eine völlig falsche Behauptung. Eine Kündigung müsste durch alle EU-Mitgliedstaaten einstimmig erfolgen, und das ist undenkbar.

Glauben Sie denn, dass Österreich und Italien die Verträge kündigen und damit einer Rückverlagerung des LKW-Verkehrs auf den Brenner zustimmen würden? Und dass Deutschland oder Portugal auf den bereits bestehenden freien Personenaustausch mit der Schweiz verzichten würden?»

## Wir sind wieder da!

### Liebe Gesinnungsfreunde

Wie schnell sich das Blatt zum Positiven wenden kann: Noch im November des vergangenen Jahres mussten wir an dieser Stelle einen dramatischen Spendenaufruf zugunsten unserer Partei verfassen. Der blieb allerdings nicht ungehört. Viele haben gespendet und so das Überleben der heimatstreuen Schweizer Demokraten gesichert. Nochmals vielen herzlichen Dank dafür.

### Auf in den Kampf!

Jetzt gilt es, das Referendum gegen die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die osteuropäischen Staaten erfolgreich über die Bühne zu bringen. Deshalb liegt dieser Ausgabe ein Doppel-Unterschriftenbogen gegen die Ost-Personenfreizügigkeit und gegen den Schengen-Beitritt bei. Wir bitten Sie um rasche Unterzeichnung der beiden so wichtigen Referenden. Um uns Portokosten zu sparen, wollen Sie die beiden Bogen an unser SD-Zentralsekretariat, Postfach 8116, 3001 Bern, zurücksenden. Auf der letzten Seite können Sie weitere Bogen, SD-Zeitungen, ein Flugblatt und Kleinplakate bestellen. Auf in den Kampf!

Zentralpräsident **Rudolf Keller**, e. Nationalrat/Landrat, Frenkendorf  
Zentralsekretär **Bernhard Hess**, Nationalrat, Chefredaktor, Bern

Damit haben wir dieses Thema, das nun von den Befürwortern in erpresserischer Form in den Abstimmungskampf eingebracht wird, abgehakt! Dieses Argument wird beim Volk nicht, respektive schlecht ankommen.

### 2. Erste Abstimmung vor 5 Jahren

Wir sind heute versammelt, um den Startschuss für die Bodigung des freien Personenverkehrs mit den Ost-EU-Ländern abzugeben. Es ist ein wichtiger Kampf, der uns bevorsteht. Und wir werden diese Auseinandersetzung mit Bravour meistern und die Volksabstimmung für uns entscheiden.

Deshalb lassen wir uns auch nicht durch gekaufte Umfragen beirren. Wir werden siegen, indem wir dem Volk die Wahrheit sagen!

Fortsetzung Seite 2

## Inhalt

- 4 Aids pocht an die Tür
- 5 Von Schurken – und anderen Staaten
- 7 Personenfreizügigkeit die wichtigere Frage!
- 8 Veranstaltungskalender
- 9 Aus den Kantonen
- 11 Der Leser hat das Wort

## Abometer

# 11

neue Abonnenten seit 01. 01. 2005

Stand: 09. 01. 2005

Ziel: 1000 neue Abos im 2005

## Wir sind benachteiligt!

Fortsetzung von Seite 1

Am 21. Mai 2000 stimmte noch eine Mehrheit der Bevölkerung Ja zu den Bilateralen Verträgen mit der EU. Damals warnten wir im Parlament und im Abstimmungskampf vor den negativen Folgen des freien Personenverkehrs. Im Nationalrat hielten wir fest, dass mit dem freien Personenverkehr **unsere guten wirtschaftlichen Standortvorteile aufgegeben** würden. Wir malten das Bild von **ausländischen Billiganbietern** an die Wand, welche zu einer grossen Konkurrenz für unsere Wirtschaft und das Gewerbe würden. Wir befürchteten, dass die **Schwarzarbeit zunehmen** würde. Und wir behaupteten auch, dass dadurch **unser Lohnniveau** sinken würde. Abgesehen davon, dass mehr Grenzgänger ins Land kämen. Und **wir befürchteten eine Einwanderungswelle**.

Wir wissen es, unser Volk ist halt so, es muss zuerst negative Erfahrungen machen, bis es bereit ist, solche Dinge auch wirklich zu glauben. Am **1. Juni 2004 ist der freie Personenverkehr mit den bisherigen EU-Ländern in Kraft getreten**. Und was ist passiert? – **Es ist innert weniger Monate schlimmer gekommen, als wir es je in unserer Propaganda zur Volksabstimmung vom 21. Mai 2000 beschreiben konnten**. Ich hätte nie gedacht, dass wir mit unserer Propaganda damals nur sanfte Weichwäcker gewesen sind, denn all die Probleme ergossen sich nun wesentlich negativer über unser Land, als wir uns das in unseren kühnsten Träumen hätten ausdenken können. Bereits jetzt, nach wenigen Monaten freien Personenverkehrs mit der EU, haben wir das Schlamassel. Und wie würde das erst herauskommen, wenn wir diesen freien Personenverkehr noch auf die neuen Ost-EU-Länder ausweiten würden?

### 3. Unseriöse Parlamentsarbeit

Unser Parlament ist nun in schludriger Art und Weise daran gegangen, diesen Vertrag, den der Bundesrat mit den Brüsseler Bürokraten ausgehandelt hat, sogenannten zu beraten. **Im Schnellzugtempo flogen sie über die Botschaft ans Parlament, das Abkommen und den Bundesbeschluss mit Gesetzesänderungen. Kaum ein Parlamentsmitglied weiss wirklich, was in diesen Verträgen steht**. Aber das ist denen offensichtlich auch nicht wichtig. Es ist eine Schande, wie die unser Land auf diese billige Art und Weise ausverkaufen wollen. Wenn Parlamentsmitglieder nicht wissen, was sie beschliessen, dann

ist einiges faul. Und es ist in der Tat so, dass der freie Personenverkehr eine Zeitbombe ist, die schneller tickt, als wir uns das vorstellen können.

### 4. Wer ist einheimisch?

Was ist also alles drin in diesem Abkommen und in den Gesetzen? Wovon spricht wohl bewusst niemand? Zuerst kommt einmal der Begriff «einheimisch». **Wir sind wohl das einzige Land, welches unter «einheimisch» nicht nur die eigenen Bürgerinnen und Bürger versteht, sondern auch alle hier lebenden Ausländer mit Aufenthaltsbewilligungen**. Wir Schweizer Demokraten sind aber nicht bereit, bei dieser Umdeutung des Begriffes «einheimisch» mitzumachen. Für uns sind Einheimische nach wie vor Schweizerinnen und Schweizer – und sonst niemand – Punkt, Schluss!

### 5. Die sogenannten «Selbständigerwerbenden»

Dann ist da die Sache mit den Selbständigerwerbenden, die aus dem EU-Raum ins Land drängen und bei uns arbeiten dürfen. Bei all den Tiefpunkten im Rahmen dieser Freizügigkeitsregelung ist das wohl der tiefste Punkt! Selbständigerwerbende profitieren von unserer Niederlassungsregelung. Eine solche Regelung mag eventuell in einem Staat mit einer einigermassen funktionierenden Regierung gehen, aber sicher nicht bei uns, wo eine Regierung faktisch nur noch auf dem Papier besteht, weil sie ständig mit sich selbst und ihrem Streit beschäftigt ist. Wie wird das also in unserem Lande funktionieren mit den Selbständigerwerbenden, die kommen wollen? – **Jeder kann in die Schweiz als Selbständigerwerbender einreisen und hat dann absolut Anspruch auf eine Niederlassungsbewilligung**. Das flankierende Gesetz wird hier kaum wirken! Ich füge noch bei, selbstverständlich mit Familiennachzug in auf- und absteigender Linie bis hin zu den Grosseltern, Tanten und Onkeln. Und wie bewerkstelligen diese angeblichen Selbständigen das nun? **Man kommt in die Schweiz mit der Behauptung, zum Beispiel eine Reinigungsfirma eröffnen zu wollen**. Diese «Firma» besteht dann aus dem Einwanderer selbst und eventuell seiner Ehefrau oder andern Familienangehörigen oder Freunden. **Man eröffnet eine Firma für Personalberatung**. Ein Nattel und eine «Anmeldung» reicht, und schon hat man eine Firma. Auch so kann man jede Menge Freunde neu ins Land schleusen. Jetzt, hier und heute geschieht



dies massenhaft. Und da können sie in das Gesetz zum Schutze von uns allen, in die sogenannten flankierenden Massnahmen, schreiben was sie wollen, es ist nicht durchführbar. **Diese Geschehnisse sind nicht mit einem vernünftigen Aufwand kontrollierbar**. Die strömen nun also ins Land und bieten ihre **Dienstleistung zu Tiefpreisen** an. Und die Folge davon wird sein, dass unser Gewerbe und unsere Industrie immer mehr Probleme bekommen, weil sie mit diesen tiefen Arbeitsangeboten nicht mithalten können. **So entsteht ein Lohndruck auf alle Löhne in unserem Lande. Auch Du und ich werden früher oder später davon betroffen sein. Unser aller Löhne werden mit dieser Freizügigkeit nach unten nivelliert. Diejenigen der Einheimischen und diejenigen der Ausländer, welche schon länger in unserem Lande arbeiten**. Das muss man unserem Volke sagen. Aber das wird von der Regierungskoalition möglichst unter der Decke gehalten. Davon will man nicht reden. Deshalb sagen wir es laut und deutlich vernehmbar: **Gewisse Kreise wollen mit diesem freien Personenverkehr unsere Löhne drücken, um so mehr Profit für sich herauszuholen**. Das und nur das steckt dahinter, wenn sie von der Öffnung des schweizerischen Arbeitsmarktes reden. Diese Öffnung liege im Interesse der Schweiz. Die Öffnung des Schweizer Arbeitsmarktes erlaube den schweizerischen Unternehmen, auf ein stark erweitertes Arbeitskräfteangebot zurückzugreifen. Sie reden also davon, dass mit der Öffnung des schweizerischen Arbeitsmarktes billige Arbeitskräfte an Land gezogen werden, und unsere Leute können dann schauen, wo sie bleiben.

### 6. Es begann mit der deutschen Welle

Beispielsweise sind in **Ostdeutschland** bereits die Arbeitsämter aktiv geworden. Die haben 20% Arbeitslosigkeit – unter anderem auch eine Frucht der gescheiterten EU-Arbeitsmarktpolitik – und nun organisieren sie sogenannte **«Schweizer Tage»**. Da pilgern jeweils bis zu 200 Arbeitslose an solche Veranstaltungen und viele bringen dann gleich ihre Bewer-

bungsunterlagen mit. Und schon mancher hat in den vergangenen Monaten so einen Billigst-Arbeitsvertrag abgeschlossen, um in der Schweiz zu arbeiten. Seit einiger Zeit stellt man beispielsweise in Zürich fest, dass bestens qualifizierte Spitzenleute aus Deutschland zu uns kommen, um **Spitzenjobs** zu ergattern. **Die Deutschen sind laut amtlichen Feststellungen die grösste Gruppe. Sie haben prozentual bereits mehr Führungskräfte und Akademiker als wir Einheimischen es haben. Die Ämter erwarten nun noch zusätzlich, dass auch aus dem Osten immer mehr solcher arbeitsloser Kaderleute zu uns kommen**. Sie drücken bei uns die Löhne und regieren in der Arbeitswelt – wortwörtlich gesagt – zunehmend über uns. **Damit nimmt man immer mehr einheimischen Kaderleuten die Möglichkeit, sich beruflich entwickeln zu können**. Die neue deutsche Welle schwappt über. Eine weitere Ost-Welle würde noch kommen. Da müssen dann nicht mehr diejenigen kriegerisch kommen, welche sagen, die Schweiz die ist ein Stachelschwein, die nehmen wir im Heimweg ein. Nein, die Schweizer Regierungspolitiker haben freiwillig solche Gesetze geschaffen, welche das ermöglichen. Dümmer geht's nicht mehr. Aber das hat unser Volk bereits durchschaut. Und das merkt man auch, wenn man mit Leuten aus dem Volk redet...

### 7. Verstösse werden kaum geahndet

Flankierende Massnahmen und ein so genanntes **Entsendegesetz** sind ja schön und gut. Aber sie müssten wirken. Das tun sie aber nicht, weil sie erstens kaum kontrollierbar sind und zweitens **kaum wirksame Strafsanktionen** dagegen ausgesprochen werden können. Was hat der Bundesrat auf eine parlamentarische Anfrage geantwortet? Gefragt wurde: «Ist der Bundesrat nicht auch der Meinung, dass bei Nichteinhaltung der Meldevorschriften und -fristen für in die Schweiz entsandte ausländische EU-Arbeitskräfte Verstösse mit aller Strenge zu ahnden sind und der gesetzliche Zustand wieder herzustellen ist?» – Die saloppe und locker formulierte bundesrätliche Antwort dazu: «Für den Fall, dass die Anmeldung nicht gemacht wurde oder nicht korrekt gemacht worden ist, **sieht das Gesetz Sanktionen vor**. Die kantonale Behörde kann eine Busse bis zu einer Höhe von 5 000 Franken verhängen. Die kantonale Behörde verfügt über ausreichende Mittel, um die Nichteinhaltung der geltenden gesetzli-

chen Bestimmungen zu unterbinden, und der Bundesrat teilt die Meinung des Autors der Frage, dass diese Mittel auch angewendet werden müssen.» Das tönt ja wunderbar. **Aber was sind schon 5'000 Franken Strafe? Zudem ist das nur ein Höchststrafmass, das kaum je zur Anwendung kommt. Und die Kantone können das alles nicht kontrollieren.** Die sind völlig überfordert. Da müssten wir ja hinter jedem Baum einen Kontrolleur aufstellen. Und dann muss man leider auch diese Tendenz feststellen, **dass es Billigstunternehmer gibt, die Bussen bewusst in Kauf nehmen** und einfach dreist weitermachen. Das haben verschiedenste Baustellenkontrollen der Gewerkschaften in letzter Zeit aufgedeckt.

### 8. Kurzeinsätze, Kontrollnotstand, Temporärfirmen

Die Arbeitslosenraten sind in den neuen Ost-EU-Ländern durchschnittlich bei gut 15% oder höher. Da ist es doch völlig klar, dass sehr viele ihr Glück im Paradies Schweiz versuchen wollen. Der Druck auf unser Land wird immer mehr zunehmen. Es ist schon heute so, dass die Einwanderung aus den alten EU-Ländern stetig zunimmt. **Seit dem 1. Juni 2004 (Beginn der freien Einwanderung mit den alten EU-Ländern) haben wir in allen Grenzregionen mehr Grenzgänger, die ins Land drängen.** Ganz schlimm ist dies im Tessin, im Raum Basel und auch in Genf. Laut dem Bundesamt wurden in der kurzen Zeit, seit die Personenfreizügigkeit mit den alten EU-Ländern in Kraft ist, vom **Juni 2004 bis August 2004 bereits mehr als 1300 Grenzgänger mehr ins Land gelassen** als vorher – Tendenz weiter steigend. Seit dem 1. Juni 2004 sind ja bekanntlich auch sogenannte **Kurzeinsätze von ausländischen Arbeitnehmern in unserem Lande möglich. Bei Einsätzen unter 90 Tagen ist keine Bewilligung notwendig.** Die Einsätze müssen nur angemeldet werden. Da geht es um sehr viele Fälle. **Von Juni 2004 bis September 2004 wurden über 37'000 Kurzeinsätze angemeldet.** Und dazu kommen dann noch all diejenigen, welche unkontrolliert bei uns arbeiteten in dieser Zeit. Wir alle haben es in den Medien hören müssen, Tag für Tag. Es wurden hunderte von Kontrollen gemacht und die Situation hat sich nicht verbessert. **In einigen Regionen verstießen bis zu einem Drittel der Kontrollierten gegen das Entsendegesetz, gegen die sogenannt flankierenden Massnahmen, die man angeblich zu unserem**

**Schutze beschlossen hat.** Im Gastgewerbe herrsche Kontrollnotstand, war letzthin zu lesen. Die Gewerkschaften haben eine riesige Liste von Verstössen publiziert. Sie stellten fest, **dass Temporärfirmen, welche die Arbeiter aus dem Osten für einige Tage oder Wochen in die Schweiz holen, diese für unglaublich wenig Geld arbeiten liessen.** Es kommen also schon heute Leute aus dem Osten und es würden noch viel mehr mit der Ausdehnung des freien Personenverkehrs auf die neuen Ost-EU-Länder. So sagte doch jüngst ein Gewerbeamann: «Wenn wir in Liestal einen Gipser antreffen, der aus Jena in Thüringen anreist, dann fährt der auch noch vierzig oder fünfzig Kilometer weiter bis in den Kanton Luzern, um Arbeit zu haben.» **In Extremfällen verdienten solche EU-Arbeiter nicht einmal die Hälfte des in unserem Lande üblichen Ansatzes von 25 Franken.** Der bisher krasseste Fall war ein Schreiner, der für 9 Euro Stundenlohn, das sind etwa 13,50 Franken, arbeitete. Wie soll da Schreinermeister Häberli von nebenan gegen diese Konkurrenz bestehen können? Ja und jetzt sollen wir noch an die Schalmeienklänge der Bundesratsparteien und der Wirtschaft glauben?

### 9. Scheinselbstständige mit Versicherungsausweis

Sie haben auch verlangt, dass sich sogenannte «Scheinselbstständige» klar als solche ausweisen müssten. Da frage ich mich, ja würden wir, wenn wir Räuber wären, uns freiwillig als Räuber ausweisen? – Wohl kaum. **Sogenannte «Scheinselbstständige» dürfen seit Juni 2004 ohne Bewilligung bei uns in der Schweiz arbeiten. Sie haben von ihrer Heimat manchmal sogar einen Versicherungsausweis als Selbstständige.** Die sind ja oftmals froh, wenn sie diese Leute abhaben! Und trotzdem arbeiten sie dann in unserem Lande oft als angestellte und abhängige Beschäftigte für einen Arbeitgeber. **Im Übrigen gibt es bereits Schweizer Temporärfirmen, welche über Niederlassungen im EU-Ausland Billiglohnarbeiter zu uns schleusen.** Und da sollen wir in die Politik noch Vertrauen haben?

Neulich haben wir von einem anderen Trick gehört. Dank des Landverkehrsabkommens mit der EU werden aus den Grenzregionen um unser Land herum Lokomotivführer, Lehrer und Aerzte rekrutiert. Die arbeiten nun für weniger Lohn und verdrängen zunehmend Einheimische. Da dürfen wir uns nicht mehr wundern, wenn trotz Wirt-

schaftswachstum die Arbeitslosenzahlen in unserem Lande laufend ansteigen.

### 10. Wer glaubt schon an Notmassnahmen?

Das Parlament hat noch die Möglichkeit festgeschrieben, **dass man bei hoher Zuwanderung als Notmassnahme für einige Jahre Höchstzahlen festsetzen kann.** Das kennen wir ja. Das ist wohl so wie die jahrzehntelange Ausländerstabilisierungslüge des Bundesrates. Sie erklären, dass jetzt stabilisiert werde, dabei geschieht genau das Gegenteil. **Die hätten doch nie den Mut, Grenzen zu ziehen und Notmassnahmen einzuleiten, denn das bräuchte Rückgrat.** Und so etwas wie ein Rückgrat haben in unserem Lande nur noch wenige.

Liebe Freundinnen und Freunde, Ihr merkt, ja ich bin wütend über das was da in unserem Lande vor sich geht. Das dürfen wir uns nicht bieten lassen. Dagegen müssen wir uns wehren und aufstehen.

### 11. Schärfere Lohndumping-Massnahmen

Man muss dem Volk die Wahrheit sagen, die Personenfreizügigkeit bringt uns unter grossen wirtschaftlichen Druck. **Und für uns Schweizer Demokraten können diese Lohndumping-Massnahmen nicht hart und konsequent genug sein. Wir fordern daher, dass allfällige Lohndumping-Massnahmen viel härter sein müssten, als sie das jetzt sind. Sie müssten geschäftsschädigend hoch ausfallen, wenn sie wirksam sein sollten.** Gefängnis und Höchstbussen müssten für all diese Exzesse angesagt sein. Aber nicht lächerliche 5'000 Franken Höchststrafe, wenn überhaupt. Wir haben unter unseren Leuten sehr viele Arbeitnehmer, Kleingewerbler und Rentner, die am konsequenten Schutze vor Lohndumping interessiert sind. **Aber dieser Schutz hat sich schon nach kurzer Zeit (ein halbes Jahr seit Einführung der Freizügigkeit!) als nutzlos erwiesen.** Deshalb müssen wir gegen diese Ausweitung des freien Personenverkehrs in die neuen Ost-EU-Länder kämpfen und Unterschriften dagegen sammeln.

### 12. Auch Grundstückerwerb

Auch der Erwerb von Grundeigentum und Zweitwohnungen – dies ist dann für die Gutbetuchten aus dem EU-Raum – soll bei uns völlig schrankenlos möglich sein. **Aus dem Riesenraum der neuen EU-Länder können gutbetuchte Ausländer in der kleinen Schweiz praktisch grenzenlos Land und**

**Liegenschaften kaufen.** Und die Beschränkungen der Lex Koller sind ausdrücklich ausgeschlossen. Aber die kleine Schweiz, respektive ihre Bürgerinnen und Bürger dürfen praktisch kein Landwirtschaftsland in der EU kaufen. Im süddeutschen Raum dürfte dies jetzt für Schweizer abgestellt werden. Und auch Schweizer, die beispielsweise in Polen Bauernland kaufen wollten, müssen dort noch 12 Jahre warten, bis sie das dürften. Da haben die Polen sogenannte Schutzklauseln erwirkt. Wir aber sind benachteiligt. Solch einseitige Vertragspassagen haben die – angeblich spitzenmässig agierenden – Schweizer Unterhändler ausgehandelt. **Die haben schlecht verhandelt.** Das muss man bei dieser Gelegenheit auch noch laut und deutlich sagen.

### 13. Unser Niveau würde nach unten sinken

Man ist daran, mit diesen Bilateralen Verträgen den noch relativ gesunden Wirtschaftsstandort Schweiz zu ruinieren. **Der stabile Arbeitsmarkt soll einer wirtschaftlich erzwungenen Völkerwanderung geopfert werden.** Bisher haben wir uns nämlich wohlthuend abgehoben gegenüber den teilweise herabgewirtschafteten Volkswirtschaften in den EU-Ländern, wo Massenentlassungen an der Tagesordnung sind. Unser Land hat einen hohen Standard. Sozial, ökonomisch, aber auch was beispielsweise den Umweltschutz betrifft. **Wir sind es gewohnt, Qualitätsware zu liefern.** Wenn wir nun all die EU-Regeln übernehmen – und das ist eine alte Wahrheit – würde es wohl sehr schnell so weit kommen, **dass wir uns in jeder Beziehung herunternivellieren** würden. Wir kämen dann ins gleiche negative Fahrwasser wie verschiedene EU-Länder das schon sind. Wollen wir das wirklich?

### 14. bereits stark überbevölkert

Ziel dieser totalen Freizügigkeit ist noch mehr, noch mehr und noch mehr. Wir sind aber ein bereits stark überbevölkertes und überfremdetes Land, das immer mehr auch an die ökologischen Grenzen stösst. **Man trampelt sich gegenseitig auf den Füßen herum. Unser Land wird als Folge dieser Politik immer stärker zubetoniert.** Wir sind daran, schönste Landschaften, auch ein wichtiges Kapital der Schweiz, zu zerstören. Die Tourismusbranche wäre darum gut beraten, diese Art Freizügigkeit abzulehnen, denn intakte Landschaften sind unser Kapital.

**Wir sind benachteiligt!***Fortsetzung von Seite 3*

Und mit den Bilateralen Verträgen setzen wir das aufs Spiel.

**15. Die Türken und Albaner kommen**

Ja, und dann kommt noch das mit der Türkei. Die wollen ja so schnell wie möglich der EU beitreten. **Wenn wir jetzt Ja sagen würden zur Ausweitung des freien Personenverkehrs auf die neuen Ost-EU-Länder, dann könnte man nachher wohl kaum mehr dessen Ausdehnung auf die Türkei verhindern.** Dann gute Nacht, arme Schweiz! Denn es stehen auch andere bereit zum Sturm auf die Schweiz, zum Beispiel einige weitere Balkan-Länder, die noch



vor der EU-Tür warten. Rumänien, Bosnien, Kroatien, Bulgarien, Serbien, Mazedonien und Albanien gibt es ja auch noch. Dort gibt es bekanntlich auch manche Leute ohne festen Wohnsitz unter den Rädern. **Wir importieren so die Armut in unser Land.** Was folgt, wäre **eine Einwanderung in unsere guten Sozialversicherungsnetze, in die Arbeitslosenkasse oder unsere feudale Krankenversicherung.** Und, was passiert mit einem Menschen, der im Rahmen unserer Freizügigkeitsgesetze regulär zu uns gekommen ist und anfänglich sogar gearbeitet hat, dann aber arbeitslos wird? Wir haben den dann durchzufüttern – mitsamt seinem Anhang. Nein, das wollen wir nicht. Solche Leute haben wir schon zur Genüge im Land. **Und die Dummen sind immer wir braven Steuer- und Abgabebzahlenden.**

Zum Schluss fasse ich nochmals kurz die wichtigsten Punkte zusammen:

**1.** Nein zu Lohndumping und importierter Arbeitslosigkeit!  
**2.** Vor der Volksabstimmung vom 21. Mai 2000 über die erste Tranche bilateraler Verträge mit der EU streuten Bundesrat und Parlament dem Volk Sand in die Augen. Leider ist alles noch viel schlimmer eingetroffen, wovon die Schweizer Demokraten im Zusammenhang mit dem «freien Personenverkehr» gewarnt haben.

**3.** Seit die Einheimischen auf dem Arbeitsmarkt keinen Vorrang mehr geniessen, kommen Heerscharen von arbeitslosen EU-Bürgern in die Schweiz und arbeiten zu Billiglöhnen. Arbeitslose Schweizer haben das Nachsehen.

**4.** Unter den gegebenen Umständen ist ein fairer Wettbewerb zwischen in- und ausländischen Anbietern und Arbeitnehmern völlig ausgeschlossen.

**5.** Die sogenannten «flankierenden Massnahmen», insbesondere Kontrollen auf Baustellen und in den Betrieben, nützen gegen das Lohndumping gar nichts. Die paar Inspektoren können nichts ausrichten.

**6.** In Deutschland werden bereits unter dem Titel «Leben und Arbeiten in der Schweiz» Jobbörsen organisiert. So exportiert man die Arbeitslosigkeit in die Schweiz. Wer hier auch wieder arbeitslos wird, fällt definitiv dem Schweizer Sozialsystem zur Last.

**7.** Von den «Bilateralen Verträgen» profitiert nicht das Volk, sondern nur einige wenige Spitzen-Profiteure, denn so kann die Managerkaste die Werkstätigen wie Schachfiguren in Europa herumschieben. Immer dorthin, wo man sie am besten ausbeuten kann.

**8.** Und jetzt will die Regierung auch noch die Einwanderung aus den neuen EU-Ländern (Polen, Slowakei, Ungarn, Litauen usw.) freigeben!

**9.** Damit gibt es noch mehr Masseneinwanderung und die Lohndrückerei wird noch schlimmer, denn in diesen Ländern sind eigentliche Hungerlöhne üblich.

**10.** Übergangsfristen von ein paar Jahren nützen nichts, sondern schieben die Katastrophe bloss ein wenig hinaus.

**11.** Bundesrätin Calmy-Rey verspricht dem Volk 0,2–0,5% «Wirtschaftswachstum» dank der freien Einwanderung für Osteuropäer. Sie verschweigt, dass nicht nur der Kuchen ein bisschen grösser wird, sondern vor allem mehr Esser kommen. Und unser Land wird noch mehr überbevölkert und verbe-toniert!

**12.** In Osteuropa leben Millionen von Zigeunern. Die betreffenden Länder werden sich freuen, wenn sich möglichst viele davon auf den Weg zu uns machen.

**13.** Die EU wird auch noch Länder wie die Türkei oder Rumänien aufnehmen. Dann folgt eine noch grössere Flut kaum assimilierbarer Einwanderer. Und der Islam lässt grüssen!

**14.** Darum ergreifen wir das Referendum gegen die Ausdehnung des «freien Personenverkehrs» auf Osteuropa. Kämpft mit uns. Wir

werden diese Schicksalsabstimmung für unser Land gewinnen!

**15.** Man wird wohl während der Referendumsphase nichts mehr von Missständen, Lohndumping usw. hören. Die Kontrollen und deren Resultate werden schlicht nicht mehr publik gemacht – seit Anfang Dezember herrscht in den Medien darüber Stillschweigen – das ist wohl eine bewusste Anordnung von oben!

**16.** Wundern Sie sich nicht, wenn in den nächsten Wochen eine Dreckkampagne und Verleumdungen gegen uns laufen. Glauben Sie nicht alles, was in den Zeitungen geschrieben und in Radio und Fernsehen gehört und gesehen werden kann.

**Kämpfen Sie mit, sammeln Sie Unterschriften: Ein Herz für unsere Schweiz – wir bodigen den freien Personenverkehr!**

## Aids pocht an die Tür!



*Roland Schöni,  
Kordinator  
Referendum  
Personen-  
freizügigkeit,  
Bönigen*

Aids ante portas! Lagen sozusagen die Epizentren der Epidemie bislang weit entfernt, in Schwarzafrika und Südostasien, gibt es jetzt Alarmmeldungen über rasende Ausbreitung von HIV im östlichen Europa. Also direkt vor unserer Haustür. Und was tun die massgeblichen Politiker hierzulande? Sie betreiben eine «Öffnung nach Osten». Stichworte: Zunehmende Einwanderung von Osteuropäern, EU-Osterweiterung, EU-Ostpersonnenfreizügigkeit. Mit Volldampf voraus nimmt die Kommando-brücke Kurs auf den Eisberg. Mehr noch: Die Kapitäne der Titanic öffnen noch vor der Kollision die Schleusen. Und die Musik spielt dazu. Ein Totentanz an Bord.

### Die Zeitbombe tickt

Laut neuen Zahlen der Weltgesundheitsorganisation leben derzeit weltweit bereits mindestens 40 Millionen Infizierte. Mit insgesamt über drei Millionen Todesopfern durch Aids ist demzufolge für 2004 zu rechnen. Rund fünf Millionen Menschen haben sich im laufenden Jahr neu infiziert. Besonders verheerend grassiert die Seuche weiter in südlichen Staaten Afrikas und im südostasiatischen Bereich. Die schrecklichsten Steigerungsraten aber weist Osteuropa auf. Für Russland werden fast schon eine Million Infizierte bzw. Kranke veranschlagt. Auch ins Baltikum ist die Seuche massiv eingedrungen und sie greift zunehmend in den südosteuropäischen Raum über. Da ist Mitteleuropa nicht mehr fern. In der Schweiz sind bereits mehrere hundert Menschen an Aids durch Einschleppung gestorben.

Was speziell osteuropäische Krankheitsträger betrifft, so sicken sie in ständig wachsender Zahl ein: Osteuropäische Prostituierte beispielsweise breiten sich aus und vermehren das Aids-Problem bei uns. Aber auch sonstige Migrantenwellen aus durchseuchten Gebieten stellen ein hohes Gefährdungsrisiko dar. Hinzu kommt ein Ferntourismus von Schweizern, die sich in Afrika oder Südostasien alle möglichen Seuchen einfangen, nicht nur Aids, und sozusagen im Gepäck mit heimbringen. «Sex-touristen» vergnügen sich zunehmend auch in osteuropäischen Bordellen, wo sie sich durch Verkehr mit infizierten Dirnen in Zeitbomben verwandeln, die dann hierzulande explodieren.

### Wer für alle offen ist, kann nicht ganz dicht sein!

Auffällig ist bei der gegenwärtigen Medienbeschäftigung mit dem Thema, dass – wie auch bei anderen brisanten Themen – die Gefährdung durch «offene Grenzen» und Einwanderung weit gehend verdrängt wird. Wollen die Prediger von Multikulti weitermarschieren bzw. weitermarschieren lassen, bis alles in Scherben fällt? «Fremdenfeindliche Hetze» betreibt gewiss nicht, wer auf die Gefahren hinweist und zu Prophylaxe, zu vorbeugendem Schutz, rät. Der gefährlichste Inländer- und Auländerfeind ist, wer sehenden Auges eine Entwicklung zulässt, die eines Tages zu furchtbaren gesellschaftlichen Verwerfungen führen muss. Zur Prophylaxe gehört die Austreibung des Wahns, Massen aus aller Herren Länder unkontrolliert hereinzulassen. Wer für alle offen ist, kann nicht ganz dicht sein! Jede Wette (wir sprechen uns wieder!): Dass der souveräne Nationalstaat, der im Gefahrenfalle die Schotten dicht machen kann, kein Fluch, sondern ein Segen ist, wird früher oder später zur allgemeinen Erkenntnis heranreifen. Früher wäre allerdings besser.

## Von Schurken – und anderen Staaten



Valentin J.  
Oehen-  
Christen,  
e. Nationalrat,  
Köniz

Nun hat also Herr Bush den Irak zum Schurkenstaat deklassiert (siehe BeZ vom 22.11.04) und beginnt mit dem Kesseltreiben – offenbar um den nächsten Krieg vorzubereiten. Als Vorwand dient das Kernforschungsprogramm des Iran; d. h. der Iran dürfe seine Forschungen nicht so weiterführen, dass am Ende Atomsprenköpfe gebaut werden könnten.

Dass die USA gleichzeitig Atomsperrverträge bricht und neueste Atomwaffen produziert, mit uranangereicherter Munition den halben Irak verseucht hat, dass Russlands Präsident soeben ankündigt, über ein neues Waffensystem zu verfügen, gegen das es keine adä-

quate Abwehr gebe, ist scheinbar kein Grund zu Protesten. Schliesslich handelt es sich bei der USA und Russland um ausgesprochene Gentleman-Staaten! Auch der israelische Freund ist nicht Gegenstand der Kritik wegen seiner überlegenen Kriegstechnologie und dem Besitz von Atomwaffen, mit denen er seine Nachbarn bedroht und bedrängt. Doch wehe, wenn diese bedrohten Nachbarstaaten ihre militärische Schlagkraft aufbauen möchten – das sind doch alles Schurkenstaaten, meinen die Herren Bush und Sharon! Und dann erst der Terrorismus!

### Terrorismus ist ein verabscheuungswürdiges Verbrechen, wer wollte das bestreiten!

Kürzlich fand in Tel Aviv eine Tagung der Terrorismus-Experten statt. Der oberste, israelische Terrorismus-Bekämpfer forderte einen unerbittlichen, lange dauernden Kampf gegen alle (wirklich alle?) Terroristen.

Fast gleichzeitig schoss im Gazastreifen die israelische Luftwaffe aus Kampfhelikoptern auf junge Männer, die sich auf einem Fussballplatz befanden. 14 Personen wurden getötet. Gleichartige Vorkommnisse sind alle paar Tage aus der Presse zu erfahren. Dazu die gezielte Tötung mit Raketen und MGs aus Kampfhelikoptern von Führungsleuten der palästinensischen Widerstandsbewegungen. Und wie verhält es sich eigentlich mit den israelischen Rachefeldzügen in den Palästinensergebieten wo im Sinne der Sippenhaftung laufend Wohnhäuser und seinerzeit die gesamte Infrastruktur der Polizei vernichtet wurde. Allein im Gazastreifen wurden deshalb in den letzten drei Jahren rund 25'000 Personen obdachlos gemacht.

Und wie steht es mit der Kriegsführung der Amerikaner im Irak? Zehntausende unschuldiger Zivilisten wurden bis jetzt getötet. Die Infrastruktur ist ruiniert. Recht, Ordnung und Sicherheit existieren nicht mehr. Ganze Stadtteile von Bagdad und Falluja, von Basra und Mossul wurden und werden in Schutt und Asche gelegt, weil irakische Widerstandskämpfer gegen die Okkupanten kämpfen.

(Zwischenfrage – wird diesen Widerstandskämpfern wohl einst auch ein «livre d'or de la résistance» gewidmet wie seinerzeit nach dem 2. Weltkrieg den belgischen und französischen Partisanen, die sich so tapfer gegen die

### Immer mehr Türken

Deutsche und Türken mit entgegengesetzten Geburtenraten: Die Türkei wird in zehn Jahren so viele Einwohner haben wie die Bundesrepublik Deutschland. Derzeit leben 73 Millionen in der Türkei; im Jahre 2023 werden es 89 Millionen sein.

deutschen Okkupanten wehrten und auch die Quislinge aus dem eigenen Volk keineswegs verschonten?) Wieso beschimpfen wir die irakischen und afghanischen Widerstandskämpfer als Terroristen und Aufständische, wo sie doch den Besatzungstruppen und Kollaborateuren Widerstand leisten?

Am 11. September zelebrierte Amerika den Gedenktag des Terror-Anschlages auf das World-Trade-Center. Wir alle trauern mit den Angehörigen der 2800 Opfer.

Doch – mich lässt das Gedächtnis im Stich. An welchem Tage gedenkt denn Amerika eigentlich der Angehörigen der Terrorkatastrophen

– von Nagasaki mit 74'000 Toten; – von Hiroshima mit 200'000 Toten; – von Dresden mit über 300'000 Toten, die alle den amerikanischen und englischen Bomben zum Opfer fielen. Oh nein, es waren keine Kampfhandlungen, es war reiner Terrorismus.

Übrigens, wann werden wohl die vielen offenen Fragen zum Terrorakt vom 11. September 2001 geklärt werden? Wir wollen doch gegen jeglichen Terrorismus

kämpfen! – wirklich gegen jeglichen? – auch gegen den staatlichen, auch in Tschetschenien, Palästina und Afghanistan?

Ist die Schande von Guantanamo das Werk eines Schurkenstaates oder eines Gentleman-Staates?

Ist unsere Wahrnehmungsfähigkeit noch intakt oder sind wir alle von der Propaganda der Machtträger gleichgeschaltet und abgestumpft? Es sind bittere Fragen, die uns bewegen müssen.

### Ausländische Banden plündern Baustellen

Banden aus Osteuropa plündern in jüngster Zeit verstärkt deutsche Baustellen. Der Schaden geht in die Millionen. Im Schutze der Dunkelheit entwenden die ausländischen Kriminellen vor allem schwere Baumaschinen, die sie mit Lastwagen abtransportieren. Allein an der Raststätte Augsburg-Ost wurde kürzlich tonnenschweres Gerät im Werte von 150'000 Euro gestohlen. Die Tatverdächtigen kommen nach Angaben der Ermittler überwiegend aus Polen, Kroatien und Litauen. Offenbar werden die osteuropäischen Banditen von Baufirmen in ihren Ländern gezielt damit beauftragt, in Deutschland ganz bestimmte wertvolle Geräte zu stehlen. Bis der Diebstahl bemerkt wird, haben sich die Täter meist schon wieder ins Ausland abgesetzt.

### Warnung vor Taschendieb-Touristen

Die Kriminalpolizei hat erneut nachdrücklich vor ausländischen Taschendieben gewarnt. Kriminelle aus Osteuropa reisten gerade in der Vorweihnachtszeit gezielt zum Stehlen auch in die Schweiz, um in dem Gedränge auf Weihnachtsmärkten und in Kaufhäusern Beute zu machen. Wegen der durchlässigen Grenzen aufgrund der EU-Osterweiterung rechnen die Ermittler in diesem Jahr mit noch mehr Taschendieb-Touristen als im Vorjahr. Die meisten Täter kommen laut Polizeiangaben aus der Ukraine, aus Polen, Rumänien oder der Slowakei. In der Regel handelt es sich um Profis, die sich in ihrer Heimat gezielt zum Stehlen ausbilden lassen. Die Taschen und Rucksäcke ihrer Opfer schlitzten die ausländischen Kriminellen, bei denen es sich in erster Linie um Zigeuner handelt, blitzschnell mit Rasierklingen oder Teppichmessern auf. Bevor die ahnungslosen Opfer etwas bemerken, ergreifen die Täter die Beute und machen sich aus dem Staub. In der Adventszeit sollen nun verstärkt Beamte in Zivil auf Taschendiebjagd gehen.

## Die «grauen Steine» – Schicksalsträchtige Ausmarchung

### Schlagwort «Öffnung»

Das Buch «Die grauen Steine» ist Hauptwerk der Schaffhauserin Ruth Blum (1913–1945). Es sind 1568 (2 dieser Grenzzeichen nur schon im Schaffhausischen. Die eingeritzten Buchstaben GB und CS stehen für Grossherzogtum Baden und Canton Schaffhausen. Ersteres ist untergegangen, Schaffhausen hat als Stadt-/Landkanton trotz ständiger Bedrohung überlebt. Die «grauen Steine» verdienen allen Respekt. «Zwei Mal hatten uns die stummen Hüter bewahrt. Würden sie uns ein drittes Mal Wächter und Beschützer sein?», fragte sich die Dichterin nach dem Zweiten Weltkrieg.

Wer nach «Öffnung» der Grenze ruft, verkennt, dass die Tore der Schweiz traditionell weit offen stehen. Es sind die einstigen Einwandererländer, die für Ankömmlinge strenge Massstäbe anlegen. Wir aber sind trotz «grauer Steine» von einer Völkerwanderung bedroht. Verdächtig bei uns, wer sich für seine Heimat einsetzt. Der Armee-Abschaffer hat Recht bekommen. Unsere Armee ist praktisch abgeschafft. «Durchdienern» blühen Auslandeinsätze im Orient

Fortsetzung Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

oder in Afrika, die eigenen Grenzen aber sind entblösst, die Festungen Gotthard, St-Maurice, Sargans aufgehoben.



(Bild aus Peter Dürrenmatt, Schweizer Geschichte)

Arbeitslosigkeit, Lohndruck, Verdrängung Einheimischer sind Tatsachen. Was Generationen aufgebaut, ist gefährdet. AHV, IV, Arbeitslosenversicherung laufen aus dem Ruder. Sozialarbeiter und Psychiater werden immer wichtiger. Gefängnisse sind überfüllt, trotz milden Urteilen. Aushängeschilder für Qualität sind nicht mehr: BBC, Bally, Sulzer, Loki, Berna, Saurer. Im einst hoch industrialisierten Glarnerland stehen nur noch Fabrikrüden. Die Angst vor Stellenverlust – nun sogar beim Staatspersonal – ist allgemein. Wie kann man da totale Personenfreizügigkeit gewähren? Was bringen gegen diesen Ansturm – noch «flankierende Massnahmen»?

### «Schengen/Dublin» gegen Kriminalität

Die «grauen Steine» sind ausge-trickst, Personenkontrollen nicht mehr gestattet. Im Gegensatz zu den immer restriktiveren Vereinigten Staaten kann bei uns jeder «hereinspazieren». Bis jetzt hatten Zöllner mit «Kennerblick» Verdächtige kontrolliert. Nach eingetretener Personenfreizügigkeit müssen sie beide Augen zu-drücken, sobald Schengen/Dublin in Kraft tritt. Was bringt ein Zugriff auf EU-Daten, wenn an der Grenze keine Kontrolle mehr ist?

### Brüssel oder «Bern»

«Bern» steht nicht nur für die schöne Altstadt; es ist auch ein Reizwort. Aber nach Brüssel auslagern, was Bern nicht für alle befriedigend zu lösen vermag? Dabei sind wir Schweizer Föderalisten. CONFOEDERATIO HELVETICA steht auf dem Fünfliber. Frankreich ist seit langem, die EU seit deren Bestehen zentralistisch. Was

für grosse Staaten und Zusammen-schlüsse üblich ist, widerspricht unserem demokratischen Denken, weil nur so die Verschiedenheit von uns Schweizern zu überbrücken war. Basel war immer «weicher Unterleib» der Eidgenossen. Ihr verdienstvoller Bürgermeister Johann Rudolf Wettstein, dem wir die Loslösung vom «Reich» verdanken, war eigentlich ein Zürcher. Peter Ochs dann (1752–1821), Basler Politiker, Anhänger der französischen Revolution war gegen den westlichen Nachbarn «vorbehaltslos unterwürfig» (Peter Dürrenmatt, Schweizer Geschichte), dies derart, dass seine Nachkommen ihren Namen wechseln mussten. Wenn nur nicht einer Bundesrätin und eines Bundesrats Namen derart gehandelt

werden! Denn Schengen/Dublin und die Gewährung völliger Personenfreizügigkeit rühren an unserer Selbstbestimmung und Neutralität. Die Unterwürfigkeit ist Bruch des (lässig) abgegebenen Treueschwurs. Nur jetzt vermögen wir die «Wallfahrt nach Brüssel» und die freie, unkontrollierte Einwanderung zu stoppen, indem wir sowohl Schengen/Dublin, als auch die Personenfreizügigkeit an der Urne ablehnen. Zu beschränkt ist unser Lebensraum für Menschen, Tiere, Pflanzen. Eine völlige Verstärkung wäre uns sicher.

### Gleich zwei Referenden

Verschiedene Gruppen ergreifen gegen Schengen/Dublin und gegen die Personenfreizügigkeit das Referendum. So kann wenigstens über

diese beiden schicksalsschweren Vorlagen das Volk befinden. Fatalistisch die Hände in den Schoss legen wäre tatsächlich fatal. Im Interesse der Schweiz und aller, die hier wohnen, muss dem Zentralismus Einhalt geboten werden. Von Kommissaren aus Brüssel lassen wir uns nicht regieren. 1798 plünderten die Franzosen den Berner und Zürcher Staatsschatz, alles in Gold. Auch den kleineren Kantonen wurden hohe Kontributionen auferlegt. Mit diesem Geld finanzierte Napoleon seinen Krieg gegen Ägypten. Jetzt verlangt die EU von uns Milliarden zur Finanzierung der Osterweiterung. Alles ohne Widerstand, damals als Folge inneren Zusammenbruchs, heute aus Schwäche.

Robert Berner, Rheinfelden

## Multikulturell = Multikriminell

**Asylunterkünfte als Verbrecher-Horte? Gestützt auf eigene Ermittlungen und auf die Verfügung eines Untersuchungsrichters hat die Kantonspolizei Bern Ende Oktober 2004 in der Asylbewerberunterkunft «Schlüssel» an der Zentralstrasse in Biel umfangreiche Personen- und Effektenkontrollen durchgeführt.**

Von den etwa 50 dort untergebrachten Asylbewerbern, die mehrheitlich aus Afrika, dem Balkan und dem Fernen Osten stammen, waren nur 30 anwesend. Mehrere Mobiltelefone und elektronische Geräte sowie mehr als 15'000 Franken Bargeld, deren Herkunft

unklar ist, wurden sichergestellt. Ausserdem wurden Kokain und Marihuana entdeckt und beschlagnahmt...

Im Kanton St. Gallen wurden kürzlich im Zusammenhang mit der Polizeiaktion «Ameise» drei junge Drogen-Dealer nach Scheinkäufen durch die Polizei festgenommen. Bei den Festgenommenen handelt es sich um Asylsuchende aus Liberia und Zimbabwe...

Bei einer routinemässigen Personenkontrolle in Zürich haben die Fahnder der Polizei einen Mann kontrolliert, der aufgrund seiner Papiere ein Ägypter ist. In seinen

**Effekten kamen etwas über 25 Gramm Kokain, abgepackt in 33 Portionen sowie 860 Franken zum Vorschein. Bei der anschliessend durchgeführten Hausdurchsuchung wurde weiteres Verpackungsmaterial sowie rund 1700 Franken in verschiedenen Währungen und eine geringe Menge Drogen sichergestellt.** Trotz dieser Belastungen bestreitet er, Drogenhandel zu betreiben. Die Fahnder stellten zudem fest, dass er sich bei seiner Einreise in die Schweiz vor fünf Jahren als Somalier ausgab und ein entsprechendes Asylgesuch im Kanton Aargau stellte...

## Der Volkstod droht

### Alarmierende Zahlen eines Demoskopien

SD. In Graz hielt einer der renommiertesten Bevölkerungswissenschaftler im deutschen Sprachraum, der geschäftsführende Leiter des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik (IBS) der Universität Bielefeld, Univ.-Prof. Herwig Birg, einen Vortrag zum Thema «Weltbevölkerung, Wanderbewegungen und die Auswirkungen auf den deutschen Raum». Eingeladen hatten die Freiheitlichen Akademiker, die eine Festveranstaltung abhielten. In seiner Rede legte der Referent anhand von zahlreichen Statistiken dar, dass in den kommenden Jahrzehnten die Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland, in Österreich und in der Schweiz hauptsächlich aus alten Menschen

bestehen werde. Die Zahl der 20- bis 60-Jährigen werde ständig abnehmen, da die Geburtenrate viel zu niedrig sei und sogar noch weiter sinken werde.

Eine klare Absage erteilte Birg den Politikern, die ständig forderten, der Staat dürfe keine Bevölkerungspolitik betreiben. Denn erstens praktiziere man dies in Form des Hereinholens von Fremden aus aller Herren Länder und zweitens sei Frankreich das beste Beispiel dafür, dass es möglich ist, durch staatliche Steuerung ohne Zwang die Geburtenrate wieder anzuheben. Zwar spiegele sich darin auch der Kinderreichtum der Zuwanderer wider, dies sei aber keineswegs allein die Ursache.

Warum die in Berlin Verantwortli-

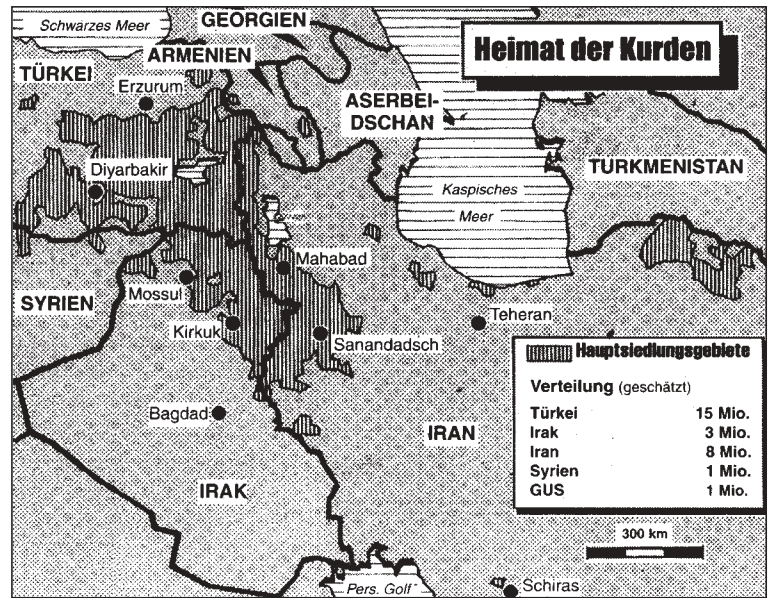
chen so unverantwortlich handeln, konnte der Bevölkerungswissenschaftler nur mit dem Denken der Politiker erklären, das sich maximal auf vier Jahre, nämlich eine Legislaturperiode, erstreckte.

Besorgnis erregend sei auch der ständige Anstieg des Ausländeranteils in deutschen Ländern. Birg rechnete mit der Mär ab, Ausländer würden mehr einzahlen, als sie an Geld vom Staat bekommen: In Hannover etwa seien 40 Prozent der Sozialhilfeempfänger Ausländer, und dies bei einer Ausländerquote von «nur» 15 Prozent! Die Arbeitslosenzahl sei unter ihnen bis drei Mal so hoch wie bei den Deutschen. Neuesten Zahlen zufolge unterstütze jeder Deutsche pro Jahr einen Ausländer mit 2.250 Euro. Teuer kämen vor allem Ausländerfamilien mit vielen nicht erwerbstätigen Personen. Diese seien allesamt bei dem meist einzigen Verdienner mitversichert und belasteten so die Sozialkassen enorm.

# Personenfreizügigkeit die wichtigere Frage!

Nun ist also das neue Paket der bilateralen Verträge mit der EU geschnürt und verabschiedet. Gegen die neue Personenfreizügigkeit und die Abschaffung der Personenkontrollen an den Grenzen laut Schengener Abkommen sollen Referenden ergriffen werden. Dabei ist die Frage der Personenfreizügigkeit die wichtigere; denn notfalls kann man Personenkontrollen an den Grenzen ja wieder einführen, die Überschwemmung der Schweiz mit Migranten wird man jedoch nie mehr rückgängig machen können! Bereits ist die EU auch schon unwiderruflich auf den Weg zum Beitritt der Türkei eingeschwenkt. Aber nicht der Tatbestand, dass eine muslimische, grösstensteils unterentwickelte Bevölkerung von 70 Millionen – bei Beitritt vermutlich sogar 100 Millionen! – so Mitglied der EU werden wird, ist die schlimmste Herausforderung, sondern dass diese in Zukunft an Iran, Irak und Syrien angrenzen wird und diese Grenze kaum bewacht werden kann. Nicht nur ist sie gebirgig;

beidseits dieser Grenze wohnen Kurden, zum Teil miteinander verbunden in familiären Beziehungen, ein Befund, der in der öffentlichen Diskussion kaum je erwähnt wird. Damit wird die EU bis ans Ende der Welt ausfransen! Leider werden alle, auch die übelsten Tricks angewendet, damit ein diesbezügliches Referendum nicht zu Stande kommt. So wurde die Publikation der Beschlüsse auf den 21. Dezember festgelegt, wohl wissend, dass es kaum möglich ist, über die Festtage Unterschriften zu sammeln. Die wichtigere Personenfreizügigkeit soll unter dem Deckmantel des publizistisch hochgespielten «Schengen/Dublin» möglichst ohne Aufsehen am Stimmvolk vorbei geschmuggelt werden und diese Referendum ergreifenden Schweizer Demokraten werden vielerorts – zum Beispiel in der Tagesschau des Schweizer Fernsehens zu den Schlussabstimmungen – nicht erwähnt, nur SVP und AUNS. Es ist zu hoffen, dass die Tricks keinen Erfolg haben werden!



Die Mehrheit der Kurden lebt in der Türkei. Die Konflikte zwischen Türken und Kurden scheinen unlösbar. Sie dürfen aber erst recht nicht in der Schweiz ausgetragen werden, wie dies nach einem EU-Anschluss Ankaras, der viele Millionen türkische Staatsbürger infolge der Ost-Personenfreizügigkeit auch in die Schweiz brächte, der Fall wäre.

Jean-Jacques Hegg, a. Nationalrat

## Kampf der Kulturen?

### Der Zusammenhang von Ökonomie und Terror

Seit Samuel Huntington 1996 in seinem Buch «Clash of Civilizations» vom «Kampf der Kulturen» geschrieben hat, wird der Konflikt des Westens mit der islamischen Welt reduziert auf kulturelle Gegensätze. So hat die amerikanische Regierung diese Definition besonders gern übernommen. Der Islam, so der zweite, nachgeschobene Kriegsgrund gegen den Irak, sei halt demokratiefeindlich. Wenn es den USA mithin gelänge, demokratische Regimes im Nahen und Mittleren Osten zu installieren, werde dort der grosse Frieden ausbrechen.

Spätestens an dieser Stelle bricht aber auch schon das Denkgebäude in sich zusammen. Zum einen kann man kulturelle Werte nicht exportieren wie Konsumgüterartikel, zum anderen aber war gerade Saddam Husseins Irak kein islamischfundamentalistischer, sondern ein laizistischer Staat, in dem die Mullahs und Ayatollahs eben nicht in die Politik dreinreden konnten. «Kampf der Kulturen» verwässert und verschleiert also die tatsächlichen Kämpfe, welche heute in der Welt stattfinden. Wer aber den Zusammenhang von Politik, Ökonomie und Terror näher

betrachtet, vermag schon eher zu den Wurzeln der Kriege vorzustoßen.

Unter dem Titel «Die Ökonomie des Terrors» hat die Italienerin Loretta Napoleoni ein Buch geschrieben, unterstützt durch den amerikanischen Wissenschaftler Noam Chomsky. Die Autorin weist überzeugend und anhand vieler Beispiele nach, dass die Schwächung von Staatlichkeit und der Zusammenbruch von gesellschaft-



Kapitalismus

lichen Solidarsystemen am Anfang von Terror stehen. In das politische Machtvakuum würden Warlords vorstossen, ein Vorgang, der besonders gut in Afghanistan, aber auch in vielen afrikanischen Staaten zu beobachten sei. Unter der Herrschaft dieser Warlords entstünden in den betroffenen Ländern dann als nächstes Schattenwirtschaften. Nach einer Anschubfinanzierung über Geheimdienste oder über global operierende Weltfirmen ersetzen diese Schattenwirtschaften bald schon die frühere bäuerliche Produktion durch neue Geschäfte.

So machte der Anbau von Schlafmohn in Afghanistan die verschiedenen Mudschahedin-Gruppen zunächst von ausländischem Geld unabhängig; später entwickelte er sich zur einträglichsten Devisenquelle lokaler Kriegsherren. Heute ist das Land der grösste Kokainproduzent für die Gebiete der ehemaligen Sowjetunion und Europas, es exportiert aber auch nach Nordamerika und Kanada. Finanziert wird durch den Schlafmohnanbau inzwischen nicht nur die halbe Bevölkerung Afghanistans, auch die Privatmilizen der örtlichen Machthaber werden davon ausgehalten.

Ähnlich auch die Verhältnisse in einigen südamerikanischen Ländern. So finanzieren die kolumbianischen «Fuerzas Armadas Revol-

cionarias» sowohl ihre eigene Macht als auch bestimmte Sozialleistungen der Bevölkerung über den Anbau von Kokain. Terroristisch agierende Akteure beschaffen sich jedoch nicht nur über Produktion und Handel mit Drogen Geld. Als Mitte der 80er-Jahre der IRA die Spendengelder in Nordirland ausgingen, kam man auf die Idee, EU-Subventionen für den Export irischer Agrarprodukte abzugreifen. Der Trick war, grosse Mengen von Schweinen mehrfach über die Grenzen zu transportieren. Als diese Art von Subventionen gestrichen wurde, kassierte die IRA für den Scheinexport von Getreide und Butter erneut Unsummen. Den allein dadurch entstandenen Verlust beziffert die EU-Kommission auf 450 Millionen Euro.

Auch halb Afrika fröhnt heute Schattenwirtschaften. So gehören die Revolutionäre Einheitsfront in Sierra Leone zu den weltweit führenden Anbietern von Gold und Diamanten. Terroristische Anführer dieses transnationalen Diamantenkartells wurden Staatsführer wie Blaise Compaore in Burkina Faso und Charles Taylor in Liberia. Experten schätzen, dass die Schattenwirtschaft weltweit einen Umfang von über 1,5 Billionen Dollar pro Jahr ausmacht und damit nach den USA den zweitgrössten Wirtschaftsfaktor der Welt bildet.



Kanton Thurgau












## Scharfer Protest

Viele sind nicht nur erschüttert über die Aktivitäten und öffentlichen Auftritte für die Schengen-Vorlage durch Regierungsrat Graf, sie sind auch verärgert, dass ein oberes Mitglied unserer Exekutive alle demokratischen Regeln missachtet und für eine mehr als fragwürdige Abstimmungsvorlage aktiv Werbung macht.

Damit stellt PR Graf eine eiserne Demokratieregel auf den Kopf; er wäre besser beraten, wenn er alle Medien motivieren könnte, das Volk möglichst breit über Vorlagen zu informieren. Natürlich könnte er auch für eine Ankurbelung der politischen Diskussion und des fairen Gedankenaustausches unter den Thurgauer Parteien besorgt sein! Das aber ist ganz sicher der falsche Weg; ganz besonders für einen Regierungsratspräsidenten! Noch betroffener aber sind viele Menschen von den faulen Aussagen und den angepriesenen Vorteilen von «Schengen» (EU-Anschluss)! Alle Grenzen in der EU sollen verschwinden, die EU-Osterweiterungsstaaten kommen neu dazu. Sie bilden dann die Aussen Grenzen. Nun weiss aber jedes Kind in dieser EU, dass die neuen Grenzen weniger sicher sein werden. Viele der neuen EU-Staaten sind korrupt, ihre Grenzen sind löchrig, Grenzbeamte bestechlich! Selbst bei reduzierter Grenzpostenbelegung in der Schweiz wurden 2003 über 130'000 Kriminelle und Illegale an unseren Grenzen gefasst, dazu weit über 100 Kilo Rauschgifte schlimmster Art sichergestellt; von der abschreckenden Wirkung gar nicht zu reden. Wie gut und schnell aber eine Fassung von Tätern gemäss PR Graf «hinter den Grenzen» vonstatten gehen kann, zeigen die Fahndungsergebnisse in Sachen Bankomaträuber! Alles in allem meinen die Schweizer Demokraten, es ist Zeit, Herr Regierungsrat Graf, bitte nehmen Sie ihren Hut!

*SD Thurgau,  
Willy Schmidhauser, Präsident*

## Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
 AG	Bezirke Baden / Brugg / Zurzach Aargau West Fricktal	Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr bei Aarau Stammtisch jeden 2. Dienstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Sonne, Eiken
 BL	Sektion Reinach und Umgebung	Jeden 1. Montag im Monat um 19.30 Uhr Stamm im «Reinacherhof»
 BS	Kantonalpartei Basel	Stammtisch jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Rheinfelderhof
 BE	Stadt Bern Sektion Köniz Sektion Berner Oberland Sektion Oberaargau/ Mittelland/ Emmental Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen Sektion Thun/Konolfingen	Stammtisch jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern Der monatliche Höck findet in den Monaten Dezember 2004/ Januar 2005 nicht statt. Ab Februar 2005 wieder jeden 1. Freitag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Brunnenhof, Köniz. Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg Stammtisch jeden dritten Montag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal, Tel. 062 922 79 29 SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg Stamm jeden letzten Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Schärmehof, von May-Strasse 43, Thun
 LU	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstr. 103, Luzern
 SG	Sektion Wil und Umgebung	Informationsabend jeden 2. Montag im Monat im Restaurant Fass in Wil. Nähere Informationen unter <a href="http://www.infowil.ch/sd-wil">www.infowil.ch/sd-wil</a>
 OW  NW	Sektion Unterwalden	Stammtisch jeden letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Saal des Restaurant Sternen in Ennetbürgen (NW)
 ZH	Sektion Bülach Sektion Dielsdorf Sektion Hinwil Stadt Zürich	Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Airport an der Oberhauserstr. 30, 8152 Opfikon-Glattbrugg Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Linde, Regensdorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bahnhof, Bahnhofplatz, 8340 Hinwil (Kegelbahn) Am 1. Mittwoch im Monat ab 19 Uhr Höck im Restaurant Farbhof, Badenerstr. 753, 8048 Zürich (Endstation Tram Nr. 2)

**Vielen Dank der anonymen Spenderin «FM» für die grosszügige Unterstützung.**

Anzeigen

### Buchhaltungen Steuererklärungen

– Private – Geschäfte

Gründungen (GmbH/AG)  
Ersachen

### Betriebsberatung + Treuhand

Friedrich Auf der Maur  
Stationsstrasse 12, 8604 Hegnau  
Tel. (01) 946 00 51, Fax (01) 946 00 52





Kanton Thurgau



## Traurig ...

WS. Soviele Gewerbler und Geschäftsleute fragen immer wieder (diskret) und hinter der vorgehaltenen Hand an, ob denn in dieser oder jener Zeitung unsere SD-MM nicht publiziert würden... Sie würden geschäftlich gerne in einer Zeitung inserieren, die auch die Opposition berücksichtigt und breit informiert. Leider wird es auch im Thurgau immer schlimmer mit dem «freien Wort» – neuerdings (ab Mitte November) macht uns auch der Herr Pichler, Chefredaktor der «Thurgauer Nachrichten», «Wiler Nachrichten», «Oberthurgauer Nachrichten», «Weinfelder- und Kreuzlinger Nachrichten» grosse Sorgen.

Diese Gratis-Wochenzeitungen waren nicht zuletzt auch wegen der guten Artikel von Herrn Pichler und den Beiträgen der Opposition (z. B. SD Thurgau) im Volke beliebt. In den letzten Jahren stiegen deren Umsätze im Inseratebereich, während Tageszeitungen viel verloren haben. Nun aber müssen wir leider eingestehen, dass wir nicht wissen, wie die SD in den Wochenzeitungen von Herrn Pichler wieder zu Worte kommen könnten. Wir bitten Sie, liebe Inserenten und Abonnenten, vielleicht den Verantwortlichen einen klaren Hinweis zu geben: Wir brauchen doch das «freie Wort» – ohne ist unsere Demokratie keine Demokratie mehr...

## Das wissen viele leider nicht ...

### Stellungnahme der Schweizer Demokraten im Thurgau

In seiner Botschaft vom 23. Juni 1999 zu den «Bilateralen I» stellte der Bundesrat zuhanden des Volkes fest: ... «dass solche Verhandlungen... nicht in Frage kommen, bei deren Regelungen Souveränitätsübertragungen an supranationale Instanzen (z.B. EU) unerlässlich sind (Zollunion, Währungsunion, Schengen, Außenhandels- und Sicherheitspolitik)»! Obwohl aber das Volk 2001 mit 77% Nein-Stimmen die «Ja zur Europa-Initiative» wuchtig ablehnte, hat die feine Exekutive das Beitrittsgesuch zur EU in Brüssel nicht zurückgezogen.

In einem mehr als gefährlichen Schnellgang wurde nun ein Beitritt zu Schengen und zur Ost-Erweiterung durch die Parlamente in Bern gepeitscht. Dabei hielt man sich nicht einmal an die tausend Seiten Original-EU-Gesetzes- und Verordnungstexte, und der Bundesrat hat dem mehr als denkwürdigen Treiben in einer Demokratie noch die Krone aufgesetzt. Es ist der gleiche Bundesrat, der auch mit seiner heuchlerischen, ja verlogenen Botschaft vom 23. Juni 1999 die Bürger zu beruhigen suchte.

Es soll nämlich ganz bewusst das Volk aufs Kreuz gelegt werden! Man macht keine Volksabstimmung, obwohl totale Souveränitätsübertragungen an die EU

schon bald kommen sollen. Das aber hat klare Ursachen; würde nämlich regulär das Volk gefragt zu Schengen und EU-Osterweiterung (Personenfreizügigkeit), müssten ein Volks- und Ständemehr erreicht werden. Wird aber eine Volksabstimmung mit dem Referendum und 50'000 Unterschriften von der Volksbasis erkämpft, sind nur noch einfache Volksmehrheiten nötig. Genau da sieht der feine Bundesrat seine Chance! Wir Schweizer Demokraten fragen nur immer das Eine: In wessen Namen handelt eigentlich der Bundesrat und sein Präsident Deiss – und haben wir nicht schon genug Arbeitslose (über 220'000), Fürsorgefälle (über 300'000) und neue Einwandererheere (2003: 138'000)? Das Volk wird doch klar betrogen!

*Schweizer Demokraten SD Thurgau, Kantonale Parteileitung*

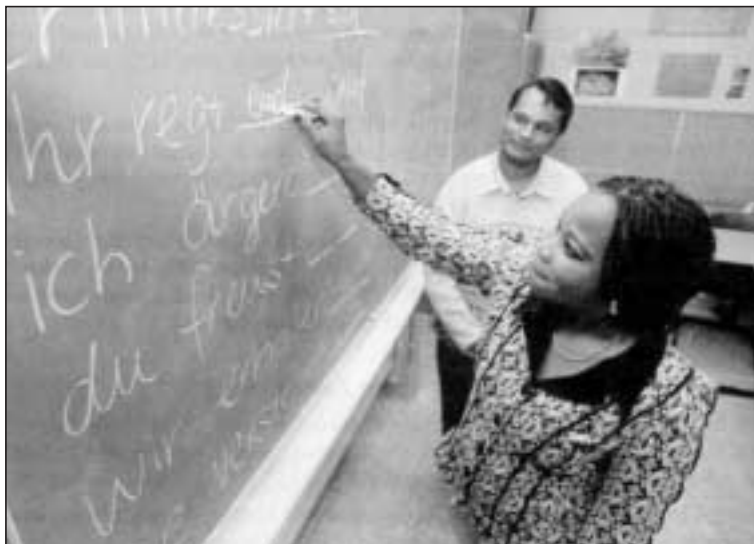
**SD**   
**Schweizer Demokraten**



Kanton St. Gallen



## Erstaunliches nach Pisa-Studien



*Warum Deutsch lernen, wenn Ausländer bald Mehrheit sind?*

Erstaunlich, höchst erstaunlich, welche Folgen die Pisa-Studie zeitigt. Da sprechen ein Präsident des Schulwesens, ein Bildungswissenschaftler, ein Journalist Wahrheiten aus, für welche Leute in den 1960er-Jahren beschimpft und verunglimpft wurden. Es war die Zeit der Einwanderungswellen aus Italien. Wer die enormen Kosten der Erweiterung der Infrastruktur (wozu auch viele neuzubauende Schulhäuser gehörten) auszurechnen, den hohen Geburtenanteil der Ausländer – besonders der Italiener – aufzulisten wagte oder Eltern, die den hohen Anteil von Ausländerkindern in den Schulen und die Benachteiligung der eigenen Kinder beklagten, gehörten zu den Beschimpften. Ebenso die Politiker, die solche Klagen ernst nahmen und an den Ursachen etwas verändern wollten.

Da schrieb Professor Hans Steiner: «Da die Jugend die Zukunft eines jeden Volkes ist... entsteht eine Überfremdung der Jugend, die einmalig ist auf der ganzen Welt.» Natürlich wurden alle Aussagen als Vorurteile, böswillige Unterstellungen, ja als verantwortungslos und masslos abgetan.

Und was lesen wir heute von obgenannten Persönlichkeiten? Dass die guten Schüler nicht aus Rücksicht auf die Multikulturalität durch Schwächere gebremst werden dürfen, die «verfehlte Einwanderungspolitik früherer Jahre» wird als Hauptgrund genannt und

die «ungünstige Bevölkerungsstruktur», welche die Schweiz benachteilige. Die Schweiz habe eine grössere Zuwanderung, somit eine uneinheitlichere Gesellschaft, während Finnland eine einheitlichere Bevölkerungsstruktur habe, und Länder wie Kanada, Australien und Neuseeland hätten eine restriktivere Einwanderungspolitik betrieben. Die Schweiz habe das Bildungsniveau mit ihrer Einwanderungspolitik gesenkt. Und apropos Lesen: Jeder fünfte Neuntklässler verstehe schon bei einfachen Texten nur Bahnhof (sehr effizient, solche Schüler in die neunte Klasse zu befördern, statt sie Klassen wiederholen zu lassen).

Es brauchte also 40 Jahre und zwei Pisa-Studien, um wenigstens bei einigen Persönlichkeiten Einsichten zu wecken, die schon vor 40 Jahren bei einem Grossteil der Bevölkerung und bei voraussehenden Politikern vorhanden waren! Deren Konzept dürfte man vielleicht heute in Betracht ziehen: Alle Deutsch sprechenden Kinder in Klassen zusammenziehen, alle Fremdsprachigen in Klassen mit zusätzlichem Deutschunterricht mit Übertritt in die andern Klassen, sobald sie dem Unterricht genügend folgen können.

*Evelyn Küffer, St. Gallen*

[www.schweizerdemokraten.ch](http://www.schweizerdemokraten.ch)

## Der Vormarsch des Islam

Als ich in den sechziger Jahren in Zentralafrika als «Entwicklungshilfe-Experte» tätig war, habe ich mit Überraschung festgestellt, dass die islamische Religion viel wirksamer und viel erfolgreicher ausgebreitet wurde als die christliche. In einem Interview mit dem Leiter der islamischen Mission in Jaunde, der Hauptstadt Kameruns, sagte mir dieser: «Die christlichen Glaubensboten verfügen über unendlich viel grössere Finanzmittel als wir. Die Christen erreichen ihre bescheidenen Erfolge nur dank des Geldstromes, der aus Europa und den USA fliesst. Wir erhalten einige magere Zuwendungen aus Saudi-Arabien und Pakistan. Aber damit bewirken wir einen Sturm religiöser Beeinflussung. Der Islam bringt ganze Völkerstämme Schwarzafrikas in Bewegung. Das beweist, dass wir die wahre Religion Afrikas vertreten. Bald werden wir vom Mittelmeer bis zum Kap das Feld beherrschen, und das Christentum wird zur Bedeutungslosigkeit absinken.»

Da ich im Dienste der christlichen Mission stand, wusste ich, dass diese prahlerischen Worte durch die Ereignisse weit gehend bestätigt wurden. Aber ich nahm an, dass sich diese Lagebeurteilung ausschliesslich auf Afrika und gewisse Teile Asiens beschränkte. Aber in den 24 Jahren seit meiner Unterredung mit dem Imam der Moschee von Jaunde haben die Ereignisse in Europa eine ganz andere Richtung genommen: der Islam ist nun auch in den christlichen Kernlanden aktiv geworden und hat eine explosive Ausbreitung erfahren.

### Der Ansturm auf Europa

Sozusagen über Nacht ist Westeuropa zu einem muslimischen Missionsgebiet geworden. Deutschland ist mit zwei Millionen Türken überschwemmt worden unter dem Vorwand, man bedürfe dringend Arbeitskräfte. England war bereits in den fünfziger Jahren zum Einwanderungsland für Mohammedaner geworden, indem die britischen Sozialisten den Zustrom von Asiaten und Ostafrikanern ermöglichten. In den einstigen Kolonialvölkern wurden massenweise britische Reisepässe verteilt. Schon lange hatten die Sozialisten und Linksliberalen darauf gewartet, das britische Staatsvolk mit Schwarzafrikanern und Indern «anzureichen» und der christlichen Vorherrschaft mit islamischer Einwanderung einen kräftigen Riegel vorzuschieben. Diese Begünstigung und tätige Beihilfe für die



Soll das islamische Gesellschaftsmodell übertragen werden?

fremdländische, das Christentum konkurrenzierende Einwanderung muss man sich klar vor Augen halten und feststellen: Es gibt in Westeuropa einflussreiche politisch-weltanschauliche Kräfte, deren Absicht es ist, alles Abendländisch-christliche zu zerstören und zu zersetzen.

In diesem Zusammenhang steht die Türken-Invasion Westdeutschlands und anderer westeuropäischer Länder. Aber die Völkerwanderung nach Grossbritannien, Deutschland, den Niederlanden ist sozusagen als bescheidener Anfang zu werten. Die wahren Absichten der Einwanderungsstrategen werden in Frankreich erkennbar. Dort ist die afrikanisch-asiatische Einwandererflut bereits in die hintersten Schlupfwinkel des Landes eingeschickert. Frankreich ist heute schon weit gehend islamisiert. Rings um die französischen Grossstädte dehnen sich die Häuserblocksiedlungen, wo die afrikanischen Einwanderer vorherrschen.

### Frankreichs Nachwuchs weit gehend islamisch

Die Ausmasse der Invasion werden deutlich sichtbar in den öffentlichen Schulen. In der Bannmeile von Paris ist es weit gehend die Regel, dass die Schüler islamischen Glaubens die Mehrheit bilden.

Am 21. Februar 1990 fand im französischen Radio Europe ein Gespräch statt über Zivilstandsangelegenheiten. Man kam auf die gebräuchlichsten Vornamen zu sprechen. Der Radiomann fragte unbeschwert: «Welches ist heute der häufigste männliche Vorname?» Der Vorsteher des Zivilstandswesens war offensichtlich verlegen und wollte die Frage unbeantwortet lassen. Aber der Berichterstatter bedrängte ihn. Fast als schämte er sich, antwortete der

Zivilstandschef kleinlaut: «Der häufigste männliche Vorname in Frankreich ist gegenwärtig Mohammed!»

Auch in der Schweiz wurden recht bedenkenlos zahlreiche Türken zugelassen, die im Gefolge der Asylanflut immer zahlreicher werden. Trotz allem Geschwätz von Gleichheit der Menschen und Gleichberechtigung für alle entsteht da ein unlösbares Problem. Denn islamische Einwanderer sind nicht assimilierbar! Nie werden sich diese in unsere Rechtsordnung und unsere westliche Welt wirklich einordnen. Das verbietet ihnen der Koran. Und früher oder später werden die eingewanderten Mohammedaner sich auf ihre angestammte Religion besinnen. Deshalb ist jede Einschleusung von Muslimen ein bewusster geplanter Angriff auf unsere europäisch-christliche und schweizerische Eigenständigkeit.

Dr. iur. Beat Christoph Bäsclin



AUSLAND: Aus «Deutschem Ärzteblatt»

## Polen: Immer mehr Ärzte und Krankenpflegepersonal wandern aus

Polnische Ärzteverbände haben besorgt auf die steigende Zahl von qualifizierten Ärzten und Krankenpflegepersonal hingewiesen, die das Land verlassen, um im besser bezahlten Ausland zu arbeiten. Wie aus neuen Umfragen der polnischen Ärzteverbände hervor geht, denke inzwischen rund jeder dritte Arzt unter 35 Jahren ernsthaft daran, Polen zu verlassen. Insgesamt spielen mehr als 10'000 Mediziner mit dem Gedanken des Weggangs. In der Folge würde dem Land ein Ärztemangel drohen.

Seitdem Polen am 1. Mai der EU beitrug, haben laut einem Bericht der polnischen Zeitung «Super Express» mehr als 1000 Krankenhausärzte das Land verlassen. Das beliebteste Auswanderungsland für polnische Ärztinnen und Ärzte ist demnach Schweden. Dort bietet

die Regierung den Ärzten kostenlose Sprachkurse sowie deutlich bessere Verdienstmöglichkeiten an. Irland und Grossbritannien sind als Auswanderungsland ebenfalls sehr gefragt, so die Ärzteverbände. Bei den Krankenschwestern und -pflegern ist dagegen Kanada das Ziel-Land Nummer Eins, aber auch Grossbritannien, Irland, und Schweden sind beliebt.

Das polnische Gesundheitsministerium habe es bislang versäumt, auswanderungsbereite Ärzte im Land zu halten, so die Kritik der polnischen Berufsverbände. Hauptprobleme seien die zu geringe Bezahlung, überlange Arbeitszeiten, wenig flexible Arbeitsbedingungen sowie eine vor allem auf dem Land noch immer eher rudimentäre medizinische Ausstattung von Arztpraxen und Krankenhäusern.

## Der Leser hat das Wort



In dieser Rubrik werden die persönlichen Meinungen unserer Leser wiedergegeben. Diese decken sich nicht notwendigerweise mit derjenigen der Redaktion.

### Die Muslime verdrängen unsere TV- und Radiosender

Mit Erstaunen stellte ich am 1. Dezember fest, dass einige Fernsehsender – namentlich Frankreich 3, Rai Due und RTP (Portugal) – nicht mehr empfangbar sind, genauso wie gewisse Radiosender (Sky Radio – Holland). Nach einem Anruf bei Cablecom erfuhr ich, dass der Grund darin liege, sie bräuchten im Kabel mehr Platz für andere Sender und die fehlenden Sender seien nur noch mit einem Decoder zu empfangen.

Dies erstaunte mich zuerst, doch nach einem Gespräch mit einer Bekannten «fiel das Zwänzgi». Diese erzählte, man müsse die «Ju-

go-Kiste» (den Decoder) bestellen, um die fehlenden Sender weiterhin sehen zu können. Das bedeutet, damit die in der Schweiz wohnhaften Muslime ihre Kauderwelsch-Fernseh- und Radiosender empfangen können, werden den Einheimischen die Sender gestrichen. Bald müssen wir nach Saudi-Arabien gehen, um «Arena» sehen zu können!

Aus diesem Grunde bin ich stolz, Mitglied bei den Schweizer Demokraten zu sein und sie im Kampf «gegen den Ausverkauf der Heimat» zu unterstützen.

Patrick Barisi, Spiegel b. Bern

### Appendix zu Leserbrief «Tag der Ernährung»

«Schafft die Zölle ab und unterstützt den Freihandel, dann werden unsere Arbeiter in jedem Bereich der Wirtschaft wie in Europa auf das Niveau von Leibeigenen und Paupern\* heruntergebracht». Zitat von Abraham Lincoln, 16. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika (1560 bis 1865)

(\*Pauperismus, im 19. Jahrhundert gebräuchlich für eine dauernde Massenarmut, bei der grosse Schichten einer Bevölkerung nur den notdürftigsten Unterhalt erwerben oder von etwaigen Unterstützungen leben müssen. Aus dem grossen Brockhaus abgeschrieben.)

Diese Weisheit hat vor 150 Jahren der hochangesehene US-Präsident Lincoln ausgesprochen und genau nach diesem Rezept wird im sog.

Neoliberalismus heute weltweit unter dem Schlagwort Globalisierung in diktatorischer Weise Politik gemacht, auch bei uns, in der langsam sterbenden direkten Demokratie. Andere Regierungssysteme, die sich missbräuchlich den Namen Demokratie zugelegt haben, usurpieren diesen Namen, verdienen ihn gar nicht. Die Folgen dieser fälschlicherweise Wohlstand für Alle versprechenden Politik stellen sich jetzt ziemlich genau so ein, wie es Lincoln vorausgesagt hat: Steigende Arbeitslosigkeit und damit einhergehende Armut, statt feste Stellen und damit Verlässlichkeit, billigste Jobs auf Zeit, völlige Mobilität statt Konstanz und damit Zerstörung der Gesellschaft und Kultur. Der demokratische Entscheidungspro-

zess ist schon weitgehend zunichte gemacht durch die von heutigen Finanzmächten in den US eingesetzten rein monetaristischen Zielen verpflichteten transnationalen Organisationen Weltbank, Internationaler Währungsfonds, Welthandelsorganisation WTO und andere. Diese Organisationen unterlaufen z. B. bei uns in wichtigsten Fragen den demokratischen Entscheidungsprozess, sind aber selbst in keiner Weise demokratisch legitimiert, beherrschen aber immer

mehr die Innenpolitik der Länder mit Sanktionsdrohungen bei Nichtbefolgung ihrer Weisungen. Neben diesen Organisationen wirkt in gleicher Weise mit Zollabbau, Harmonisierungen, Privatisierungen, sog. Freiem Markt und unendlich aufgeblähter Bürokratie die EU und hat selbstverständlich ähnliche Konsequenzen aus dieser Politik der totalen Öffnung, auch für alle Kriminellen. Das wärs.

Dr. M. Disteli, Olten

### Die Provokation der Kulturschaffenden

Herr Hirschhorn hat im Centre Culturel Suisse in Paris eine Ausstellung über die Schweizer Demokratie gemacht, welche Anstoss erregt!

Dass es mit unserer Demokratie nicht so rosig bestellt ist, wie man es uns im Heimatkundeunterricht erklärt hat, wissen alle, welche sich etwas näher mit plitischen Abläufen befassen. Darum ist es auch legitim, wenn kritische Fragen gestellt werden. Wo die Kritik allerdings zur Provokation um der Provokation willen verkommt und keine Grenzen mehr vor heiligen

Symbolen kennt, da braucht sich eigentlich niemand zu wundern, wenn irgend ein «Durchgeknallter» das Leben eines «Kulturschaffenden» fordert, wie es andernorts geschehen ist.

Der Ständerat hat diese Provokation viel eleganter pariert, indem er der Kulturstiftung Pro Helvetia kurzerhand eine Million Franken aus dem Budget gestrichen hat. Das schmerzt die Kulturschaffenden tausendmal mehr, als wenn Künstler Hirschhorn zum Märtyrer gemacht worden wäre!

Christian Wyss, Winkel-Rüti

### Luxemburg wird ein multi- kulturelles Land der Franzosen

Es dauert nicht mehr lange, und die Regierung in Luxemburg hat erreicht, was sie immer wollte. Luxemburg soll französisch und ein multikulturelles Modell werden. Durch die fließende Einwanderung von Ausländern aus lateinischen Kulturregionen und Südländern, die französisch sprechen, wird die Kulturlandschaft in einem fort französisiert. Die luxemburgische Sprache der einheimischen Luxemburger, (welche eine germanische Sprache ist) wird zusehends verdrängt.

Jemand, der nach Luxemburg kommt, gewinnt den Eindruck, dass man in Luxemburg franzö-

sisch spricht. Die Franzosen prägen die wirtschaftliche Landschaft in Luxemburg. Sie drängen den Luxemburgern ihre Arbeits- und Lebensmentalität auf. Genau so schlimm ist die fortwährende Zerstörung und Einengung unseres natürlichen Lebensraumes.

Es scheint den Luxemburgern egal zu sein, was mit ihrem Land passiert. Viele profitieren von den Ausländern und begrüßen die Einwanderung so nach dem Motto «Nach mir die Sintflut».

Pierre Peters, Tetingen, Luxemburg

### Goldreserve verschleudert

Beim enormen Schuldenberg des Bundes muss das Gold bleiben, wo es ist, als Teildeckung des Haushaltslochs des Bundes! Wenn die Goldreserven verkauft und verteilt werden, wird der Erlös sowieso

wieder verschleudert. Unsere Politiker können nichts anderes!

Hans Rudolf Weber, Biel

## Schweizer Demokraten (SD) lassen sich nicht «kaufen»!

Im «Sonntags-Blick» vom 19. Dezember wird angetönt, dass die Schweizer Demokraten (SD) mit freisinnigen Kreisen über allfällige Gegenleistungen für einen Verzicht auf das Referendum gegen die Ausdehnung des freien Personenverkehrs auf Osteuropa verhandeln würden. Die SD haben einstimmig und aus voller Überzeugung beschlossen, dieses Referendum zu ergreifen. So wird es

auch geschehen. Darüber gibt es nichts zu verhandeln. Vielleicht liessen sich die Gewerkschaften auf diese Weise «einpacken» – es macht fast den Anschein, als ob –, aber die Schweizer Demokraten sind nicht käuflich und machen keine Kuhhändler.

*Schweizer Demokraten (SD)  
des Kantons Zürich,  
Christoph Spiess, Sekretär*

## Verkauf von Schweizer Boden an Ausländer

Geldgier und Habgier werden früher oder später bestraft, das zeigt die Geschichte deutlich. Schon zu biblischen Zeiten wurde der Tanz ums goldene Kalb bestraft.

Grundstücksverkäufe an Ausländer bringen vielleicht kurzfristigen Profit, übers Ganze betrachtet schneiden wir Schweizer uns damit aber ins eigene Fleisch. Wir verkaufen unser Land unter den eigenen Füßen weg. Mit der Privatisierung schweizerischer Staatsbetriebe und gleichzeitig der Globalisierung, in welcher eine Schweizer Firma um die andere ausländisch wird, verschachern wir bereits zur Genüge unser Land an ausländische Mächte. Damit schwindet unsere Selbstbestimmung und unsere Hoheit über unser Land. Da bebaubares und nutzbares Land zunehmend knapp wird, verteuern sich auch die Bodenpreise. Solches wirkt sich auch auf sämtliche Preise von Konsumgütern aus. Der Produktionsstandort wird teurer und unprofitabler. Wegen der freien Marktwirtschaft und offenen Grenzen (bilaterale EU-Verträge) werden danach die Produktionsstätten ins billigere Ausland ausgelagert, die Arbeitsplätze gehen verloren.

Landbesitz in der Schweiz kann sich bald nur noch der reiche Ausländer leisten. Es sei daran erinnert, dass seit geraumer Zeit, via Managerlöhnen, Pensionskassen, Fondsgeldern und Vorsorgeeinrichtungen, massiv viel Vermögen aus der Schweiz abgezogen wurde. Das ist Geld, das heute mitunter auch jungen Schweizer Bürgern fehlt, welche gerne eine Familie gründen möchten. Mittlerweile ist man in der Schweiz dermassen familienfeindlich, dass das Überleben unseres Landes und unseres Volkes in Gefahr gerät. Dazu trägt

der Landverkauf an Ausländer bei. Der Ausländer, welcher in Berggebieten Liegenschaften kauft, wird diese kaum als permanentes Wohndomizil erwählen. Als Feriendomizil wird das Objekt dann genutzt und wird danach mindestens 9 Monate im Jahr leerstehen. Schon jetzt gibt's in der Schweiz zur Genüge solche Beispiele. Die Steuereinnahmen für die Gemeinde sind unter den geschilderten Bedingungen aus solchen Verhältnissen gering und überhaupt nicht nachhaltig. Grundstücksverkäufe an Ausländer sichern das Überleben der Gemeinde nicht, weder finanziell noch bevölkerungsmässig. Zum Überleben braucht eine Gemeinde Volk.

Wenn Landverkäufe an Ausländer aber die Preise treiben und dazu führen, dass beste Bausubstanz fast permanent brachliegt, quasi durch Ausländer besetzt und blockiert wird, welcher Schweizer Bürger sollte danach noch den Weg in diese Gemeinde finden? Es werden keine Schweizer Neuzuzüger kommen, dafür werden ansässige Bürger wegziehen. Je weniger Leute permanent ansässig und erwerbstätig sind, desto weniger Steuereinnahmen ergeben sich für die Gemeinde. Um dies zu kompensieren, muss der Steuerfuss angehoben werden, was die noch ansässige Bevölkerung finanziell stärker belastet. Auf diese Weise muss man sich nicht wundern, wenn immer mehr Leute abwandern, vor allem junge Leute. Die Abwanderung ist der sichere Tod einer Gemeinde. Mangels Nachwuchs schliesst die Schule, mangels Leute der Dorfladen, mangels Rendite und Frequentierung die (privatisierte) Post. Schliesslich lagert die Gemeindeverwaltung aus, man wird fusioniert, gerät unter fremde Obrigkeiten, zuerst

derer der Nachbargemeinde, dann der nächsten Stadt, danach des Kantons dann des Bundes und schliesslich wohl Brüssels. Aus all den anderen aufgezeigten Umständen ersieht man, dass Landverkäufe an Ausländer eine geradezu tödliche Kettenreaktion auslösen können. Nicht der kurzfristige Profit darf im Zentrum stehen, sondern ein langfristiges Planen.

Man müsste darauf hinarbeiten, dass Familien mit Kindern über vorteilhafte Liegenschaftskredite durch Banken, Liegenschaften zu bezahlbaren Zinsen übernehmen könnten. Der Weg führt über kleinere Banken der Region. Unsere Grossbanken spielen sich als «Global Players» auf, für die sind die internationalen Märkte wichtig. Auf die Berggebiete inklusive Bevölke-

rung pfeifen sie. Da passt es, dass die Bankenvertreter in der Politik (FDP und SVP) neust im Bundeshaus den Grundstückserwerb für Ausländer zur Gänze freigeben wollen. Die gegenwärtig stattfindenden Lockerungen in den Gemeinden sind also quasi nur eine bittere Vorspeise zu dem, was noch folgen soll. Bezüglich dem Verkauf von Grundstücken an Ausländer muss die Devise eindeutig lauten: Wehret den Anfängen!

*(Im «Berner Oberländer» steht der Titel «Die Sperre ist weg». Die Bezeichnung «Sperre» ist absolut falsch! Es müsste «Schutz» stehen. Schutz vor Grundstücksspekulation! Der Schutz seines Bürgers wäre die Hauptaufgabe des Staates!)*

*Walter Brunner, Unterseen*

## Der «Kampf der Kulturen» ist da – und Europa beginnt erst zu erwachen...

Manch einer wird sich die Augen gerieben haben, als er nach Jahrzehnten der multikulturellen Träume wieder einmal die Realität in ihrer ganzen Tragweite gesehen hat. Ein aus Marokko stammender, eingebürgerter Niederländer schlachtet den holländischen Filmemacher Theo Van Gogh ab wie ein Tier. Ein ganzes Weltbild beginnt zu bröckeln. Ende der Träume vom Zusammenleben von Muslimen und Liberalen; Ende der Illusion vom Diskurs als Lösungsmittel aller Probleme; Ende vom Trugschluss, dass Wohlstand jeglichen Fanatismus aus der Welt schaffe; Ende vom Mythos einer largen Integrationspolitik. Ja, die Realität, sie ist bitter. Sie bestraft jene, die nicht vorbereitet sind. Die Niederlande waren nicht vorbereitet, Europa ist nicht vorbereitet, genau wie die USA ein paar Jahre zuvor. Leider traf es aber auch dieses Mal wieder einen Unschuldigen. Bluten musste Van Gogh für all die Politiker, welche grobfahrlässig Jahre lang die Konsequenzen der offenen Einwanderungspolitik der Niederlande verschwiegen.

Gewiss: Van Gogh war ein Provokateur. Daraus aber, wie das einige Muslime offen tun, den Mord praktisch zu rechtfertigen, ist völlig absurd und gefährlich. Nie darf in einem Rechtsstaat ein Wort einem Messer gleichgesetzt werden.

Was hat die Schweiz aus diesem Vorfall zu lernen? Auch wir sind nicht vorbereitet auf den Kampf der Kulturen. Zu lange vernebelte auch hier die Political correctness wachsame Geister, zu lange wur-

den den zuständigen Stellen die Flügel gestutzt, zu lange wurden kritische Stimmen ignoriert oder als Schwarzmalerei degradiert. Sollte auch die Schweiz für ihre Unachtsamkeit bestraft werden, all die Prediger der Political correctness wie Georg Kreis oder Cécile Bühlmann wären mitschuldig. Die Niederlande sind dem Schengen-Vertrag beigetreten, mit der Hoffnung auf mehr Sicherheit durch Kooperation. Offenbar konnten jedoch keine europäische Institution für kollektive Sicherheit und keine Computerfundungsdatei verhindern, dass Menschen wegen ihren Überzeugungen auf offener Strasse hingerichtet werden. Auch die Schweiz kann sich vor radikalen Islamofaschisten nicht schützen, wenn sie ihre nationale Sicherheit der Illusion einer kollektiven Sicherheit opfert. In dieser Hinsicht sind uns die USA wieder einmal voraus. Die USA haben erkannt, dass man die nationale Sicherheit nicht an irgendwelche Bürokraten delegieren kann. Auf der anderen Seite des Atlantik hat man die zerstörerischen Dimensionen des radikalen Islamofaschismus bereits erkannt. Nun beginnt man vielleicht auch hierzulande die Sicherheitsmassnahmen besser zu verstehen, welche die USA nach dem 11. September 2001 ergriffen haben. Denn bitter war die Erfahrung, dass man gegenüber völliger Intoleranz nicht tolerant sein kann. Die Schweiz musste diese bitteren Erfahrungen noch nicht spüren, noch nicht.

*Patrick Freudiger, Langenthal*



## Le Tsunami islamique



Mary Meissner,  
Vernier

Moins spectaculaire et moins bruyant, le Tsunami islamique est plus dangereux que ce tremblement de terre dans le Sud-Est Asiatique qui n'a atteint que huit îles et bords de mer, alors que plus subtil, silencieux et mensonger, l'ouragan qui va dévaster l'Europe d'abord, envahira ensuite le monde entier.

S'il y a eu une telle polémique au sujet de Tariq Ramadan, c'est parce qu'il représente le fer de lance forgé par son grand père Hassan al Banna le fondateur des Frères musulmans, puis par son père Saïd Ramadan, chargé, jusqu'à sa mort de diffuser l'islam politique des Frères musulmans au cœur de l'Europe. D'origine égyptienne, la famille de Tariq vint s'installer en Suisse comme réfugiée à cause de son engagement islamique combattu par Nasser puis par Sadate. Sa mère Wafa al-Banna est la fille préférée du fondateur des Frères musulmans, donc elle a de qui tenir.

Ce mouvement violent qui commit l'attentat sanglant de Hatchepsout contre un groupe de touristes suisses, base sa politique banniste sur l'idée de conquête par étape qui sont les suivantes:

- 1) Nous voulons l'être humain, c'est-à-dire l'individu dans ses pensées et sa foi, dans sa moralité et ses sentiments, dans son action et ses agissements. Telle est notre formation individuelle.
- 2) Nous voulons, après cela, la famille musulmane dans ses pensées et sa foi comme point 1) telle est notre formation familiale
- 3) Nous voulons après cela, le peuple musulman dans ces mêmes domaines et c'est pourquoi nous voulons que notre message parvienne à l'intérieur de toutes les demeures, que notre voix soit entendue en tout lieu, que notre pensée se répande et investisse

les régions, les hameaux, les villes, les chefs-lieux, les capitales et les métropoles.

- 4) Nous voulons ensuite un gouvernement musulman qui mènera par le peuple, les gens sur la guidée de l'islam. C'est pourquoi nous ne reconnaissons aucune organisation gouvernementale ne reposant pas sur les fondements islamiques et ne s'inspirant pas de ses fondements. Nous ne reconnaissons pas les partis politiques ni toutes ces figures traditionnelles avec lesquelles les négateurs et les ennemis de l'islam nous ont contraints à contribuer à leur développement.
- 5) Nous voulons ensuite réunir toutes les parties de cette patrie islamique que la politique occidentale s'est évertuée à séparer et que les convoitises européennes ont égarées et enfermées à l'intérieur des frontières. Donc l'Égypte, l'Algérie, Marrakech, la Syrie, Le Hidjaz, le Yémen, la Tripolitaine, la Tunisie et tout empan de terre où il y a un musulman qui prononce «Il n'y a pas de divinité si ce n'est Allah lui même» tout cela constitue notre grande patrie que nous nous efforcerons de libérer, de soustraire à toute emprise, de délivrer de cette tyrannie et d'en rassembler les parties. Si l'Allemagne (et l'occident en général je suppose) s'impose comme protectrice de tous ceux dont le sang allemand coule dans les veines, chaque musulman sera autorisé à le convaincre car le facteur ethnique ne peut être supérieur au facteur «foi». Et la croyance représente tout en islam.
- 6) Nous voulons ensuite que le drapeau de l'islam flotte de nouveau au vent et bien haut, dans toutes les contrées qui ont eu la chance d'accueillir l'islam pendant un certain temps et où la voix du muezzin a retenti dans les takbirs et les tahlils. Il faut également que la Méditerranée et la Mer Rouge redeviennent des mers musulmanes comme elles l'étaient auparavant.
- 7) Nous voulons exposer notre message islamique au monde

entier, atteindre les gens dans leur totalité, répandre à tous les horizons terrestres et y soumettre tous les tyrans jusqu'à ce qu'il n'y ait plus de désordre et que la religion soit entièrement vouée à Allah.

Après une telle lecture peut-on concevoir la bêtise anglaise qui veut ouvrir des universités islamiques subventionnées par l'Etat, l'Allemagne qui a déjà facilité l'intégration de millions de Turcs musulmans, et la Suisse qui veut subventionner donc tolérer des écoles islamiques pour former des imans intégrés au consensus helvétique. Ces autorités responsables de notre avenir oublient que la propagande islamique est basée sur le mensonge, et un double discours structurel. Ce mouvement repose sur une ambiguïté, celle d'être à la fois un mouvement structuré et un courant de pensée. Un membre actif est une personne ayant fait le serment d'allégeance au Guide qui est actuellement Tariq Ramadan. L'islamiste apprend à mentir pour ne pas être démasqué. Ce principe porte même un nom, la «taqiyya». Les chiïtes utilisaient cette autorisation à mentir et même à jurer qu'ils n'étaient pas chiïtes pour survivre et sauver leur peau lorsque persécutés par les sunnites. Mais cette propension à mentir s'est généralisée chez tous les musulmans qui, pour ne pas être rejetés ou critiqués et surtout pour pouvoir poursuivre leur action souterraine, discrète mais constante, vivent parfaitement bien ce double langage et cette attitude de Janus.

Les spécialistes de l'islamisme sont habitués à reconnaître ce type de pirouette à force d'entendre des militants dire une chose en public puis une autre face à leurs coréligionnaires. La douceur pour l'extérieur accompagnée de grands

sourires et le feu pour l'intérieur avec des ukases rudes et sévères. Exactement le modus vivendi qu'ont employé les marxistes léninistes du temps de Staline mais à contrario. Les apparatchiks ayant tous les privilèges, tandis que les populations satellisées n'avaient que le droit de se taire et d'obéir sous peine de sanctions.

Passant au djihad Tariq Ramadan reconnaît bien que son grand-père appelait au djihad, mais il le dédouane en expliquant que cet appel se limitait aux stricts cas de **légitime défense** ou de **résistance à l'injustice**. Ainsi la violence est légitimée chaque fois qu'elle rencontre un obstacle dans l'objectif de conquête des Frères musulmans. Donc, plus ils seront nombreux en Occident, plus ils voudront imposer leurs croyances totalitaires, et nos gouvernements aveugles laissent faire et même facilitent leur implantation.

Cette incompétence se reflète dans l'invasion des réfugiés et autres demandeurs d'asile qui viennent se noyer aux portes de l'Europe, alors que des mouvements et partis éclairés mais minoritaires crient au loup depuis longtemps. Il est aujourd'hui bien tard pour renforcer des lois de protection. Prenons garde à ne pas sous-estimer le danger des nuisances islamistes et prenons des mesures de protection tout de suite. Georges W. Bush a probablement compris cette stratégie subtile, serait-ce la raison pour laquelle il soutient Israël et les protestants judéo-chrétiens, qui peuvent seuls dresser, à le croire, un barrage religieux devant une attaque islamiste. Quant à son rêve qui était de chambouler la carte des pays musulmans, il s'est misérablement écroulé en Iraq. Occident, réveille-toi!

*Tiré des écrits de Caroline Fourest et des cassettes de Tariq Ramadan.*

## Le pilori

### Mesures de protection

Alors qu'on s'aperçoit déjà de l'inutilité des mesures de contrôle dans les entreprises qui emploient des ouvriers étrangers aux salaires beaucoup plus bas que ceux des Suisses, alors qu'il faut engager 150 contrôleurs de plus, alors que

dans le Valais des contrats collectifs sont établis avec un salaire de base de 11 francs de l'heure, alors que les syndicats enragent devant l'indifférence des employeurs qui nient ces problèmes, seuls les Démocrates suisses lancent un référendum contre les accords de Schengen/ Dublin qui sont la cause de ces maux. L'UDC se contentera

Suite de page 13: *Le Piloni*

de rester neutre tout en lançant un projet parallèle et les syndicats ne s'engageront pas pour éviter de résoudre ces défaillances. Les frais resteront à la charge des Démocrates suisses, qui, une fois de plus, seront les dindons de la farce. Les

radicaux, les démochrétiens et les socialistes joueront aux Anglais qui ne tiraient jamais les marrons du feu lors de conflits, mais profitaient des bénéfiques. Là encore, si nous gagnons ces votations, personne ne nous enverra de couronnes pour nous dire que nous avons raison. *Maria de Seimners*

et encore moins la démocratie qui se veut impartiale, neutre, propre et respectueuse envers tous.

Quelles seraient les réactions des citoyens français invités en Suisse par un de leurs concitoyens s'il avait pastiché Chirac, Jospin ou Le Pen? Concernant celui-ci, il est certain que les ennemis de ce dernier comme ici nos conseillers de gauche envers l'UDC, auraient applaudit et se seraient retranché derrière le paravent de la démocratie et comme l'a dit Yvette Jaggi, la liberté d'expression.

Le comble est atteint dans le coût élevé de cette exposition payée par les contribuables suisses à qui personne n'a demandé leur avis. Avec une somme pareille nous aurions exigé de l'élégance, de la décence et un certain respect de nos vraies valeurs qui ne se réduisent pas à l'opinion d'un seul anarchiste dévoyé, jaloux et revanchard, vomissant toute idée n'allant pas dans le sens de ses propres perversions. J'espère que l'on ôtera plus qu'un million aux subventions de Pro Helvetia.

*Mary Meissner, Vernier*

## To whom it may concern-à qui de droit

Hirschhorn, la démocratie, l'art et l'intolérance

Dans le dictionnaire, le mot art est défini comme une perfection formelle lorsqu'il s'applique à l'écriture, la poésie, la musique, la peinture ou toute autre forme de sensibilité sensorielle. Un tableau provoque des coups de cœur, un poème une nostalgie souvent romantique, certaines musiques em-

portent l'âme et pour exprimer la perfection on utilise le mot *art*. De plus, une exposition artistique se doit d'inspirer l'admiration, la paix, et une certaine joie de vivre. Or l'étalage de Hirschhorn à Paris provoque le dégoût devant cet amoncellement de décharges sauvages sans lien commun avec l'art

Ah! elle est belle cette liberté-là! Dans cette capitale éclectique parisienne des cartons et des papiers scotches avec des rubans adhésifs bon marché, des photos choquantes puant la mort, des tags sur les murs et j'en passe, enfin tout ce qu'il faut pour dissuader les touristes de venir en Suisse. Hirschhorn a décrit l'anarchie, le désordre et la saleté de banlieues décadentes, inconnues en Suisse.

## L'U.E., Schengen ou Dublin – L'Internationale socialiste?

Serait-ce la raison pour laquelle Micheline Calmy-Rey, socialiste bon teint, défend avec tellement de fougue (voir Infrarouge du 8 décembre), cette émanation de Lénine qui resurgit de ses cendres parée d'autres oripeaux, mais dont les buts sont les mêmes. Faire de l'Europe une URSS remodelée, lorsqu'on voit l'attitude des commissions et du super gouvernement bruxellois! Il y a, comme au temps de Staline et suivants, autant de paperasserie et de bureaucratie, autant d'interdictions et d'inégalités dans la répartition de l'argent pompé dans la poche des contribuables européens. Les apparatchiks pullulent en Belgique avec des prébendes et salaires faramineux, des passe-droits aussi injuste que ceux de l'ONU (lire le livre «*Bruxelles*», le siège de Neyrinck, notre PDC belge).

Il y a mieux, car il y a lieu d'ajouter à ce palmarès, le silence total sur le commerce de la drogue initié par deux membres de l'U.E.: La Hollande et la Belgique. Je parle de la drogue synthétique plus facile à produire dans des laboratoires clandestins que dans les champs de pavots, et plus létale que celle de Colombie ou de l'Afghanistan. Selon la Correspondance Européenne No 121, pages 2 et 3, on trouve les précisions suivantes: la fabrication des drogues synthétiques est estimée aux Pays Bas, à 65 milliards de

\$, soit deux fois le budget de la Confédération, ce qui laisse à penser que les frontières doivent être abolies pour faciliter la distribution en Europe et dans le monde en inondant les marchés toujours plus nombreux. 80% de ces amphétamines et ecstasy ont été saisis dans 52 pays. Mais ce chiffre n'est pas vérifiable, sauf si l'on constate que la Hollande est l'un des petits pays de l'UE qui s'en sort le mieux vis-à-vis du 3% de son PIB exigé par Maastricht. Ce serait très mauvais pour ses finances d'interdire le ju-teux commerce de la drogue et tant pis pour les ravages sulfureux parmi la jeunesse mondiale.

Quant à la Belgique berceau de l'UE, elle se contente d'arrêter quelques «commerçants» venus des Pays Bas. Le 18 mars 2004, elle a saisi à Maasmechelen des matières premières permettant la fabrication de 75 à 100 millions de pilules XTC d'une valeur de 4 euros pièce. Parmi ces commerçants nigériens, allemands ou ibériens, il y a même un ex-ministre israélien de l'Energie et des Infrastructures, le Dr Gonen Segev venant de Hollande qui a été arrêté à l'aéroport de Tel Aviv avec 25'000 pilules d'ecstasy fabriquées à Knokke-Heist.

A Anvers, le 13 juillet 2004, plus de 3 millions de ces mêmes pilules ont été saisies sur un Australien qui avoua revendre une pièce pour 40 euros.

Ces laboratoires eux, ne délocalisent pas et la rumeur court que les gouvernements de ces deux pays narco-trafiquants sont connus et protégés. Que fait Bruxelles? L'argent n'ayant pas d'odeur et étant plus facile à encaisser que les milliards réclamés à la Suisse, pour quoi s'en priver?

Vraiment, Micheline doit être mise au courant de cet énorme saloperie. Notre pays doit-il devenir un marché intégré dans cette Union mal dirigée et mal administrée qui cache ses turpitudes dans les 500 pages du traité de Schengen? Est-ce une stratégie de l'Internationale socialiste infiltrée à tous les niveaux de l'Union européenne, de pourrir le plus grand nombre d'individus pour mieux régner surtout qu'aujourd'hui, elle facilite l'entrée des Pays de l'Est dans son cercle d'influence, ces pays où reviennent en force les communistes?

Espérons que Michael Ambühl qui devient secrétaire d'Etat aux côtés de Micheline, saura faire une analyse propre sur la saleté de l'UE et d'une manière plus appropriée que lorsqu'il officiait au Bureau de l'Intégration.

Il faudra voter NON lors des votations sur les accords de Schengen-Dublin, impropres à garantir notre sécurité physique, morale et psychique, surtout baignant dans les miasmes de toutes ces drogues.

*Maria de Seimners*

**DS**   
**Démocrates Suisses**

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

**ABONNEZ-VOUS**

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: \_\_\_\_\_

Prénom: \_\_\_\_\_

Profession: \_\_\_\_\_

Date de naissance: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Signature: \_\_\_\_\_

Téléphone: \_\_\_\_\_

Envoyer à:  
Démocrates Suisses,  
Case postale 8116, 3001 Berne

**Organe officiel des  
Démocrates Suisses** **DS**

**Secrétariat central:**  
Case postale 8116  
3001 Berne  
Tél. 031 974 20 10  
Fax 031 974 20 11  
Internet:  
www.schweizer-demokraten.ch

**Rédaction:**  
Démocrate Suisse  
Case postale 8116  
3001 Berne  
Tél. 031 974 20 10  
Fax 031 974 20 11  
E-Mail:  
sd-ds@bluewin.ch

## Vers la guerre asymétrique

Divers milieux, quelque peu télé-guidés par le DDPS, lancent actuellement une vaste opération médiatique en vue de venir au secours de l'Armée Suisse. On a ainsi recruté une pléiade de théoriciens plus ou moins improvisés de la chose militaire, leur donnant pour mission de dire aux Suisses que la cure de jouvence de leur armée passe obligatoirement par des opérations de guerre préventive à l'étranger (concept moderne de la paix; faut-il donc tout vous expliquer!), aux côtés des Américains, bien entendu.

Le malheur est que ces néophytes de l'analyse stratégique sont largement en retard d'une guerre (comme les «nostalgiques» dont ils se moquent). En effet, depuis le 11 septembre 2001, le monde militaire est entré dans l'ère de la guerre asymétrique. Les états-majors de toutes les armées du monde sont plus paniqués que leurs troupes de l'avant, car il n'y a plus d'«avant». Finies les batailles datant de l'époque napoléonienne, avec tous les moyens modernes que vous voulez, dans lesquelles les forces en présence se comportaient selon des critères admis de chaque côté.

Il n'y a plus d'ennemi; on entre chez lui comme dans du beurre, après avoir détruit ses infrastruc-

tures civiles... avec quelques milliers de ses habitants. Et c'est là que les em... commencent: l'ennemi est partout et nulle part; il frappe où il veut. La nation la plus puissante du monde devient aux yeux de tous la plus paniquée. Toutes ces opérations militaires si faciles deviennent des pièges mortels, ajoutant à l'impression d'échec, la haine des habitants contre tous les occupants même civils.

Il est pour le moins curieux (même inquiétant) que ni dans les Commissions de politique de sécurité (qui servent à quoi?), ni dans la presse, personne n'ait osé mettre le triumvirat qui dirige l'armée au pied du mur, l'invitant expressément à expliquer la stratégie qu'il a mise au point – et fait exercer – en vue de s'opposer aux divers types d'agressions qu'il est capable d'imaginer, intéressant la Suisse et sa frontière immédiate, voire des arrangements déjà pris pour l'intervention de troupes étrangères – et lesquelles.

Tant et aussi longtemps que le souverain ne sera pas mis au courant de ces dispositifs, il sera en droit de considérer qu'il n'est pas défendu et d'en tirer les conséquences.

Jean-Pierre Margot,  
Neuchâtel

## Commerce des services

L'OMC, relance en 2005 les négociations sur le commerce des services. Dans ce cas précis, nous avons aussi tiré la sonnette d'alarme concernant les concessions sur l'eau, l'éducation, les déchets, l'électricité, etc. (AGCS). Il y a des domaines qui ne se monnaient pas et nous ne sommes pas prêts à capituler devant le mondialisme qui se cache au sein de l'U.E. Heureusement que dans le monde, des centaines de villes et de villages exigent d'être consultés. Dès le 3 juin, la ville de Genève s'est proclamée «zone anti-AGCS» (*Accord général sur le commerce des services*). Pour une fois nous pensons la

même chose et nous refusons l'invasion du privé dans le service public. Ce mouvement s'élargit déjà dans les domaines aériens, les chemins de fer, la poste, et le téléphone où la gabegie s'installe peu à peu. Sous prétexte de meilleure rentabilité, de meilleure administration et de meilleurs salaires, c'est le contraire qui péjore la sécurité, l'impartialité et la confiance. Paris, Vienne, Oxford, Vancouver, Toronto, Québec, Melbourne et 600 villes de France ont rejoint ce combat. A quand Londres, Rome, Madrid, Berne, Zurich ou Bruxelles?

Charlotte Morel

## L'ONU et le terrorisme

Lorsqu'on parle de l'ONU, il faut toujours penser, Genève et New York. Or New York c'est près de Washington et les plus grands terroristes ne sont pas ceux qu'on pense. Avant les monstres magouilles qui ont été inventées, concoctées et manipulées à Washington pour écraser l'Iraq, il y a eu la Yougoslavie et ses richesses, ainsi que son territoire stratégique. Pour contrôler ce pays, il fallait le destabiliser et tous les gouvernements américains, les uns après les autres ont mobilisé leurs services secrets pour venir à bout de la souveraineté nationale de la Yougoslavie puis des Etats qui en sont issus. Ainsi l'UCK n'est que le jouet meurtrier de Washington qui a permis aux USA de créer des troubles en fonction de leurs intérêts géostratégiques.

L'activité des groupes terroristes recrutés d'abord hors de Yougoslavie tourne autour d'un «noyau dur» de quelques mercenaires albanais, de conseillers militaires américains – généralement des officiers à la retraite et d'agents agissant tantôt sous la couverture de l'ONU, de l'OSCE ou de sociétés américaines. Et ce sont les mêmes qui s'activent tantôt pour provoquer des troubles au Kosowo, tantôt pour opposer les populations en Bosnie, tantôt pour destabiliser le gouvernement de Belgrade ou de Skopje. Il n'est pas étonnant que des Serbes ayant vu clair aient été pourchassés sans merci, parce que considérés comme des empêcheurs de tourner en rond et surtout dangereux s'ils réussissaient à contracarrer les buts avérés des multinationales mondialistes. C'est ainsi que l'on retrouve en 2001, Agim Ceku, le chef

de l'UCK aux côtés du général américain Richard Griffiths, de la société nord-américaine Military Professional Resources et de l'américain Robert Frowick, chef de mission de l'OSCE pour provoquer des troubles et destabiliser le gouvernement de Macédoine. Ils se connaissent bien pour avoir participé à l'Opération Tempête Planifiée en 1995 afin de pousser les forces armées croates à un véritable massacre ethnique qui a débouché sur des centaines de morts et l'expulsion de plus de 200'000 Serbes de la région de Krajina en Croatie. On constate que les Etats-Unis n'ont aucun scrupule de mener une guerre par personnes interposées en utilisant l'«Armée de Libération du Kosowo», toute cette mise en scène orchestrée par une désinformation crapuleuse, et un soi-disant corps de police MPRI qui ne protège personne mais agit sous le couvert de l'ONU.

Et notre pays, la petite Suisse neutre, participe les yeux fermés, à juguler les populations misérables de ce coin du monde en envoyant fièrement des casques bleus ou une force de Paix(?) pour aider ces mensonges, sous les ordres du commandant du CPK(UCK) Gezim Ostreni, payé par les Nations Unies. Donc tout est possible et bien lorsqu'il s'agit de l'ONU entretenant les mercenaires terroristes affublés de couronnes divines...

Mary Meissner

## Apocalypse now

Cette terrible tragédie qui plonge des milliers de gens dans le désespoir ne serait-elle pas un signe divin pour demander aux hommes de comprendre l'inutilité et la futilité de leurs luttes ethniques et religieuses? Au Sri Lanka les Tamouls envahissent une île bouddhiste et le Tami Nadu d'où ils viennent ne fait rien pour les retenir, en Indonésie les attentats et prises d'otages font des milliers de morts, en Inde les intouchables ne profitent pas d'une loi bidon et la Malaisie doit faire face à de graves problèmes internes.

Ne serait-ce pas un avertissement pour les futures guerres de religion qui continuent au Soudan entre chrétiens et musulmans, qui se préparent en Afghanistan entre Talibans et musulmans, qui grondent en Iraq entre chi'ites et sunnites, qui explosent entre Israël et la Palestine, qui vont éclater en Turquie entre Kurdes et Turcs, qui s'enlisent en Tchétchénie entre orthodoxes russes et musulmans, pays qui seront à leur tour, victimes de séis-

mes effroyables, comme un tremblement de terre aussi devastateur sans raz de marée en plus.

Il est grand temps de se poser les vraies questions. Pour les croyants qui doivent se préparer, à répondre de leurs actes devant Dieu, pour les scientifiques et les rationalistes qui ne respectent pas notre mère la Terre, Gea commençant à secouer ces pucerons humains qui ne la respectent plus, la polluent et l'étouffent, pour les êtres humains qui martyrisent et vivisectionnent les animaux, richesse de la nature. Sommes-nous aux portes du jugement dernier? A voir les désastres qui se suivent depuis quelque temps sur toute la planète, sans distinguer le bon grain de l'ivraie, demandons-nous où, comment et quand nous avons péché, car nous sommes tous coupables, nous les vivants et les morts. Nos petites misères sont tellement peu de chose vis-à-vis de ces monstrueuses catastrophes! Mais qui comprendra ce message?

Mary Meissner



## Abstimmungsterror gegen uns – erzählen Sie die drei nachfolgenden Fakten überall weiter!

1. Seit es die Referendumsdemokratie gibt, hat es das noch nie gegeben: Am Freitag, den 17. Dezember 2004, verabschiedeten die Eidgenössischen Räte die bilateralen Verträge mit der EU. Und schon vier Tage später beginnt die Referendumsfrist zu laufen. Normalerweise beginnen diese Fristen erst 10 Tage danach zu laufen, weil sowohl von der Bundeskanzlei als auch von den Referendumsführern noch viele Vorbereitungsarbeiten zu machen sind! Das haben unsere Gegner bewusst so gedreht, weil sie genau wussten, dass man nicht innert vier Tagen die notwendigen Bogen drucken kann und dass es unmöglich ist, über die Weihnachtstage Unterschriften zu sammeln. Und die Post verschickt die Sachen während der ganzen Festtage (Weihnachtszeit/Neujahr) auch noch mit Verzögerung. Der Bundesrat und die dahinter stehenden Kreise wollten, dass wir eine Woche unserer 100-tägigen Sammelfrist verlieren. Das ist ja

wie in einer Diktatur! Pfui, schämt euch!

2. Die Wirtschaftsorganisation «economiesuisse» schlug uns indirekt vor, auf das Referendum zu verzichten. Gewisse Kreise hätten uns dann im Gegenzug «etwas» dafür gegeben. Zwei FDP-Nationalräte traten ebenfalls an uns mit dem Ansinnen, auf das Referendum zu verzichten. Im Gegenzug wollten sie uns finanzielle Unterstützung geben für eine durch uns neu zu startende Initiative gegen

Aussereuropäische... Pech für die: Wir sind nicht käuflich und bestechlich! Ein nochmaliges Pfui, schämt euch!

3. Leute um die Wirtschaftsorganisation «economiesuisse» (federführende Befürworter der Bilateralen Verträge) haben schon vor einiger Zeit Internet-Seiten (sogenannte Domaines) aufgekauft. Sie reservierten Namen für sich wie «Nein zur Personenfreizügigkeit» oder «Ost-Personenfreizügigkeit Nein» usw. Damit wollten Sie ver-

hindern, dass wir Gegner eine eigene Internet-Seite zu diesem Thema machen können. Das stellten wir fest, als wir eine Internet-Seite einrichten wollten. Aber Pech für diese hinterhältige Bande. Inzwischen gibt es im Internet auch das «ü» als Buchstabe. So konnten wir unsere Homepage dennoch einrichten, mit dem Namen «**www.ost-personenfreizügigkeit-nein.ch**». Weit haben wirs gebracht in unserem Lande. Abermals Pfui, schämt euch, ihr demokratiefeindlichen Bilateralen-Befürworter!

**Haben Sie schon Unterschriften gesammelt für unser Referendum gegen die erweiterte Personenfreizügigkeit und gegen das Schengen/Dublin Abkommen?**

**Kämpfen Sie mit uns um jede Unterschrift!**

Schicken Sie die gefüllten Unterschriftenbogen laufend an uns und bestellen Sie weitere Bogen bei:

**SD, Postfach 8116, 3001 Bern  
Fax 031 974 20 11  
Mail: [sd-ds@bluewin.ch](mailto:sd-ds@bluewin.ch)**

Gemeinsam werden wir schaffen! Vielen Dank für Ihr tatkräftiges Sammeln und Ihre tolle Unterstützung – und danke auch für die vielen eingegangenen Spenden.

*SD-Geschäftsleitung*

### Zum Jahreswechsel

Ja i ha scho mängisch dänkt, hüt wird eim scho gar nüt gschänkt, machsch ned viel, de säge d'Lüüt, du wirsch gseh us däm git's nüüd, schaffisch guet, nemsch viel a d'Hand, rede d'Lüüt wyt umenand: «Lue – dä Streber hed nie gnue», Nyd und Messgusch chunt derzue, ach wie chönne d'Lüüt ou sy, tröscht doch s'isch gäng so gsy, sötsch du keini Nyder ha, müestisch über d'Büecher gah! Eis, das wünsch ech, das isch klar, Glück, Erfolg im neue Jahr!

*Franz Stadelmann, Escholzmatt*

## Schweizer Demokraten ergreifen das Referendum

Die Schweizer Demokraten haben an ihrer ausserordentlichen Delegiertenversammlung einstimmig beschlossen, das Referendum gegen die Osterweiterung des freien Personenverkehrs zu ergreifen. Unter den 95 Delegierten herrschte Einigkeit darin, dass die Freigabe der Einwanderung von Arbeitnehmern (gefolgt natürlich vom Familiennachzug) aus den ehemaligen Ostblockländern für die Arbeitnehmer in der Schweiz verheerende Folgen haben würde. Leute aus diesen Staaten werden mit Sicherheit weit unter den heute in der Schweiz üblichen Löhnen arbeiten. Dadurch werden einerseits die Löhne in der Schweiz sinken und die Arbeitslosigkeit massiv

steigen. Die mit der EU ausgehandelten flankierenden Massnahmen sind praktisch wertlos und werden die Masseneinwanderung von Billigarbeitskräften nicht bremsen können. Die Schweizer Demokraten, unterstützt von weiteren Organisationen, sind zuversichtlich, die benötigten 50'000 Unterschriften zusammen zu bringen, sodass das Schweizer Stimmvolk über dieses verheerende Vertragswerk wird abstimmen können. Wie nicht anders zu erwarten war, beschlossen die Delegierten ebenfalls einstimmig, das Referendum gegen Schengen/Dublin zu unterstützen.

*Grossrat Dr. Dragan Najman,  
Pressechef SD Schweiz*

**Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!**

**Abonnement**

**SCHWEIZER DEMOKRAT**

PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–  
(für Mitglieder obligatorisch)

Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!

Nur Zeitungsabonnement  
 Nur Adressänderung

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_ Jahrgang: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Wohnort: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

*Schweizer Demokraten (SD),  
Postfach 8116, 3001 Bern  
E-Post: [sd-ds@bluewin.ch](mailto:sd-ds@bluewin.ch)*

**Bestelltalon:  
Referendum  
Ost-Personen-  
freizügigkeit**



Ich bestelle:

\_\_\_\_\_ Unterschriftenbogen Referendum Ost-Personenfreizügigkeit  
\_\_\_\_\_ Unterschriftenbogen Schengen-Referendum  
\_\_\_\_\_ Schweizer Demokrat Nr. 12/2004  
\_\_\_\_\_ Schweizer Demokrat Nr. 01/2005  
\_\_\_\_\_ Kleinplakate für Unterschriftensammelstände

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_ PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Talon zurücksenden an: Schweizer Demokraten (SD), Postfach 8116, 3001 Bern, Telefax 031 974 20 11, E-Post: [sd-ds@bluewin.ch](mailto:sd-ds@bluewin.ch)